

Bezugspreis: Vom 16.-22. Sept. 4 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 16.-22. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich u. Lugemburg 5 100 000 Mk., für das übrige Ausland 6 000 000 Mk. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigen-Grundpreise: Die einpaltige Komposition 500 Mark. Restbetrag 200 Mark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 120 Mark. (zweifache zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 60 Mark. (zweifache zwei fertige Wörter) über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 10 Mark. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl zurzeit 12 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 18. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontor: Berlin S.W. 68 - Verkaufsstelle: Direktion der Disconto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Verordnung gegen Steuerfabotage.

Die bereits angekündigte Verordnung des Reichspräsidenten gegen Aufzögerung zur Steuererhebung wird nunmehr veröffentlicht. Sie hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen dazu auffordert oder anreizt, einer Steuerpflicht oder der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Geld oder Geldeswert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeinverbände) nicht zu genügen oder die Durchführung der Vorschriften über diese Pflichten auf andere Weise zu hindern, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe vermerkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt.

§ 2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Zurückhaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Veräußerung oder Weiterveräußerung bestimmt sind, auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe vermerkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Als Lebens- oder Futtermittel gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 kann neben der Strafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ferner ist anzuordnen, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist. Die Bekanntmachung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des § 26 Abs. 3 und 4 der Preisstabilitätsverordnung vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt, Teil 2 IS. 700) gelten entsprechend.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 15. September 1923.

Der Reichspräsident. gez. Ebert.

Der Reichsminister des Innern. gez. Solfmann.

Der Reichsminister. gez. Stresemann.

Minister Hirtspieser über die Cuno-Bilanz.

Die Reichsregierung hat bisher eine von vielen nicht begriffene Zurückhaltung gegenüber den fröhlichen Resultaten der Cuno-Regierung an den Tag gelegt und immer nur in allgemeinen Andeutungen, aber niemals mit konkreten Angaben das Erbe beleuchtet, das sie hat antreten müssen. Dabei würde rücksichtslose Offenheit den demagogischen Angriffen der Deutschnationalen viel mehr den Boden entziehen. Um so anerkennenswerter ist die Deutlichkeit, mit der der Zentrumsminister Hirtspieser die Bilanz der Cuno-Politik auf einer Brandenburger Delegiertenversammlung des Zentrums gezogen hat:

„Alles geht jetzt um die Lösung der Ruhrfrage. Ein Gebiet, das zu 12 Millionen Menschen, den fünften Teil der ganzen deutschen Bevölkerung umfaßt und vor dem Kriege den bedeutendsten Uberschuß für das Reich lieferte, ist aus der deutschen Wirtschaft herausgenommen und wird seit neun Monaten von dem leistungsschwächeren Vierfünftel, da es selbst nicht produzieren kann, erhalten. Der Beginn dieses Experiments war ein gewagtes Unterfangen. Der Ausfall der Reichseinnahmen — Eisenbahn, Post, Steuern — hätte das tragische Ergebnis, daß die Mark, die zu Beginn nur eine Null hinter der Eins zeigte, jetzt mit sechs Nullen — verglichen mit dem Friedenswert — bestünde. Gewiß, wir konnten an der Sache nicht ohne weiteres vorbeikommen und mußten zeigen, daß wir nicht alles mit uns machen ließen, aber wir durften nicht erwarten, daß man auf die Dauer einen aktiven Gegner mit Passivität besiegen kann. Wer prügelt, hält es immer länger aus als der, der die Schläge bekommt. Es hätte schon viel früher und aktiver auf eine vernünftige Liquidierung des Ruhrabenteuers hingearbeitet werden müssen. Es war ein großer Fehler der bis vor einem Monat verfolgten Politik, daß man geglaubt hat, England würde uns aus der Lage herausreißen. (Gelächter.) Solche Selbsttäuschung haben wir in führender Stellung gehabt. (Hört, hört!) Das Hinschleichen nach England hat uns in die jetzige Lage gebracht. Bilden wir uns doch nicht ein, die ganze Welt habe nichts Besseres zu tun, als uns aus dem Ruhrabenteuer herauszubringen. Der Konflikt Italiens mit Griechenland und Jugoslawien interessiert gegenwärtig die europäischen und außereuropäischen Völker und Staatsmänner viel mehr als das deutsche Ruhrproblem. Klar ist für uns heute das eine, daß das Ruhrabenteuer von uns nicht dauernd durchgehalten werden kann. Die großen unproduktiven Ausgaben des Reiches für dieses Unterfangen sind der tiefste Grund für den Markverfall. Je weniger Millionen wir uns in dieser Sache machen, um so besser.“

In Hirtspiesers Rede findet sich an anderer Stelle der kürzlich auch von der volksparteilichen Frau v. Dheim ausgesprochene Gedanke, daß man in Deutschland immer viel

zu spät begreift, was notwendig ist. Mit der Steuererhebung ist es zweifellos so gegangen, denn die Inflationsentwicklung hat die Wirkung der beschlossenen Steuern bereits vollständig illusorisch gemacht. In der Ruhrgebietsfrage hat Cunos „Schlafwandlertum“ die schwersten Gefahren heraufbeschworen. Es wird nicht nur die größte Entschlossenheit, sondern auch den größten Mut erfordern — Mut vor allem gegenüber den Kapitulationschreibern —, das zu tun, was die Zukunft Deutschlands erfordert.

Aktive Außenpolitik.

Anlässlich der neuesten Rede Poincarés schreibt das Berliner Zentrumsorgan „Germania“, es frage sich, ob es nicht allmählich an der Zeit wäre, die diplomatische Aktivität, die das Kabinett Stresemann entfalte, auch nach der formalen Seite hin kräftiger zu unterstreichen und einen deutschen Botschafter für Paris zu ernennen. Diese Forderung ist bereits mehrfach von uns erhoben worden. Ihre Verwirklichung erscheint um so dringlicher, als sich, trotz der letzten Reden Poincarés, in den Äußerungen einflussreicher französischer Presseorgane das Bestreben zeigt, den Faden zwischen Frankreich und Deutschland nicht abreißen zu lassen und den Boden über den Zusammenhang zwischen Einstellung des passiven Widerstandes und Räumung der Ruhr zu sondieren.

Die Vermutung der volksparteilichen „Zeit“ mag vielleicht zutreffen, daß die französische Regierungspolitik zurzeit unter dem Einfluß jener Denkwiese steht, der es viel lieber wäre, wenn Deutschland sich in der Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes weiter erschöpfte, als daß es im Sinne der jetzigen Regierungspolitik aktive deutsche Außenpolitik treibt. Das muß aber nur ein Ansporn sein, diese Aktivität zu verstärken, ohne Rücksicht auf die Knüppel, die erneut von bayerischer Seite der Reichspolitik unter die Räder geworfen werden.

In welcher Richtung sich diese Aktivität zu entfalten hat, wird in einem Artikel des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ erörtert. Nach einer scharfen Zurückweisung der deutschen Treiberen gegen die Reichspolitik heißt es in dem Artikel:

Eine scharfe Hand der Regierung ist insbesondere angehts der schwierigen Entschlüsse notwendig, die in den kommenden Tagen durch die Not im Interesse des Reiches dem gegenwärtigen Kabinett diktiert werden und die in Wirklichkeit auf Unterlassungsünden der vergangenen Regierung zurückzuführen sind. Die fortgesetzte Entwertung der Mark und die sich daraus ergebende katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen Lage weilen den Weg, der in den kommenden Tagen zu gehen ist. Er erfordert unendlich viel Mut für die Männer, die in der schwersten Not sich zur Übernahme der Regierungsgeschäfte opferten und damit ihre Arbeitskraft und vielleicht auch ihr Leben aufs Spiel setzten, aber er muß gegangen werden. Wir können die gegenwärtigen Zustände nicht länger ertragen. Alle Pläne zum Abbau des Reichsdefizits, sei es durch Steigerung der Einnahmen oder durch wesentliche Einschränkung der Ausgaben, sind auf die Dauer wirkungslos, solange das Loch im Westen nicht verstopft ist. Wir betrachten deshalb jetzt eine Diskussion über den Abbau des Ruhrkonflikts nicht mehr als die Hauptaufgabe der Reichsregierung, sondern glauben, daß nunmehr ein praktischer Schritt notwendig ist, der Aussicht bietet, das Loch im Westen tatsächlich schnell zu stopfen. Einen derartigen Schritt sehen wir zunächst in einem Antrag an die Reparationskommission auf Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit. Im Juli 1922 hat diese Instanz die Deutschland auferlegten Lasten als zu hoch und unerträglich bezeichnet. Die Logik spricht dafür, daß sie nunmehr nach der durch den Ruhrkrieg wesentlich herabgesetzten Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes eine entsprechende Entlastung annehmen wird.

Es versteht sich von selbst, daß durch einen derartigen Antrag an die Reparationskommission die eingeleiteten deutsch-französischen Verhandlungen nicht gestört zu werden brauchen. Im Gegenteil, es ist notwendig, sie fortzusetzen und den Versuch zu machen, sie zu fördern durch einen Antrag an die nach dem Versailler Vertrag zuständige Vertretung der Entente-mächte, weil von ihnen, nach den letzten Mitteilungen aus Paris, ummittelbar etwas Positives nicht zu erwarten ist. Wir erwarten, daß die Regierung sich bei ihren Dispositionen nicht durch Reden, wie die des bayerischen Ministerpräsidenten, beirren läßt, schon um vor aller Welt darzutun, daß die deutsche Politik nicht in Luntenhausen gemacht wird.

Die Mark in New York.

In New York stellte sich gestern die Mark schlechter als nach der letzten amtlichen Notierung der Berliner Börse, aber immer noch wesentlich besser als nach den phantastischen Kursen, die im freien Verkehr genannt wurden. Die Umrechnung des Schlusskurses ergab in New York einen Preis für den Dollar von 153,8 nach dem Gold- und von 149,3 nach dem Briefkurs.

Verelendung ohne Ende?

In Sorau haben Arbeiter, die ihrer Verzweiflung über die erdrückende Teuerung in Demonstrationen Luft machten und anstatt Brot Polizei zu sehen bekamen, ihre Erbitterung mit dem Tode bezahlt. In Berlin zuckt der Dollar an dem Tage, wo die Goldmarkpreisrechnung auch für den Urstoff der ganzen industriellen Produktion Geltung bekam, um fast 50 Prozent in die Höhe. Die Massen, zermürbt durch den Preisaufschlag, durch fortgesetzte Entbehrung, durch um sich greifende Arbeitslosigkeit, verzagen an dem Wert ihrer Arbeit, bäumen sich innerlich auf gegen ein Wirtschaftssystem, das ihnen auch nur einen einigermahen angemessenen Lohn für ihre Arbeit verweigert und, wenn sie glauben, ihn doch errungen zu haben, ihnen die Arbeitsmöglichkeit entzieht. Es gärt, weil der Hunger würgt. Gestern Abend trat an dieser Stelle der ADGB, der Behauptung entgegen, daß die Löhne die Friedensgoldlöhne überschritten hätten. Es ist schlimm genug, daß eine solche Entgegnung überhaupt notwendig wurde angesichts der Tatsache, daß derjenige Lohn, der am Sonnabend als Friedensgoldlohn erschien, am Montag bereits durch den Marksturz um 45 Prozent entwertet war. So sehr rast die Preisschraube. Und gerade die zur Fröstung eines noch so lärglichen Daseins notwendigen Lebensmittel, wie Margarine, Schmalz, Eier, von dem Luxusartikel Fleisch gar nicht zu reden, schnellen von Tag zu Tag in die Höhe. Will man denn am grünen Tisch, wo man den Hunger mit einem papiernen Under mißt und die Löhne an „Protesten“, welche von bezahlten Unternehmerjundici auf Afford geliefert werden, den Ernst der Lage nicht erkennen? Weiß man dort, daß z. B. der Lohn eines Seegers in der letzten Woche noch nicht ausreichte, um am Sonnabend vier Pfund Fleisch zu kaufen, daß der Seher aber nicht mehr arbeiten durfte? Weiß man nicht, daß die Zahl der Volksgenossen, für die der Tariflohn nur auf dem Papier steht, weil er infolge Beschäftigungsmangels nicht erzielt werden kann, täglich wächst und schon heute in die vielen Hunderttausende geht? Wo ist das Arbeitsministerium, das nicht erst abwartet, bis die Erbitterung wieder weiter emporlodert, sondern seinerseits auf eine Ausgestaltung des Lohnsystems hindrängt und es den Goldpreisen der Industrie in beschleunigter Weise anzupassen sucht?

Diejenigen, die im sicheren Hafen goldenen Sachbesitzes sich an den Wellen der Teuerung vergnügen, ahnen freilich nicht, worum es jetzt geht. Als ob gar nichts vorgefallen sei, erhebt jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ die alte Unternehmerforderung nach erhöhter Arbeitsleistung. Gewiß, erhöhte Leistung im Interesse steigender Produktion unter Aufrechterhaltung des sozialen, im Achtstundentag sanktionierten Schutzes wollen auch wir. Aber diejenige Grenze der Lebenshaltung, unterhalb deren eine Steigerung der Arbeitsleistung unmöglich ist, ist jetzt in vielen Berufen bereits unterschritten. Dem Hungernden, jeder Hoffnung auf bessere Beschäftigung und Entlohnung beraubten, ist die Arbeit kein Bedürfnis seiner Persönlichkeit, sie ist nicht „was den Menschen zieret“, wie es der Dichter nannte, sie ist ihm Verdruß, widerliche Fron, zur Empörung herausfordernde Schmach. Mit solchen Menschen die Arbeitsleistung zu steigern, ist unmöglich. Man muß ihnen den Glauben an den Wert ihrer Arbeit, an den Zweck ihres Tuns, an die Aufrechterhaltung ihrer Familie wiedergeben. Erst dann und nur dann wird es möglich sein, freudigen Dienst zu erzielen, wo heute verdrossene Fron geleistet wird.

Diese Vorbedingungen zu schaffen, ist der Kapitalismus außerstande. Aber er ist in der Lage, wie die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft vor dem Kriege und diejenige der Arbeiterschaft im Ausland noch heute zeigt, bessere Existenzbedingungen auch dem Arbeitsmann zu schaffen, als sie heute, in der Zeit der korrupten Inflationswirtschaft, der Bolatagewinne und der Notopresse entstanden sind. Wir haben heute einen Ueberkapitalismus, der in krankhafter Angst vor wirtschaftlich produktiver Leistung an Sachwerten hängt, ohne nach den Menschen zu fragen, der lieber die Fabrikttore vor arbeitswilligen Arbeitern schließt, anstatt mit dem Verkauf eines Teiles der ausgehamsterten Rohstoffe, Devisen und Effekten den Grund zu intensivierter, billigerer Produktion zu legen. Unbesorgt um die Gefahr, die der Zerfall der Währung seinem eigenen Besitz bringt, schiebt er die Mark und vernichtet die Existenzgrundlage des Volkes, sucht er sich der Steuerleistung zu entziehen.

Gewiß ist nicht zu verkennen, daß das Elend Deutschlands eine Folge der internationalen Lage ist. Aber vor der Frage, ob der Besitz alles getan hat, um diese Entwicklung der internationalen Lage zu verhindern, als diese eingetreten war, seinen Teil an der gemeinsamen Last zu tragen, weiß auch er keine andere Antwort, als das Nein. Enthalten nicht die meisten von kapitalistischer Seite zur Reform der Währung gemachten Vorschläge das Zugeständnis, daß eine Erlassung der Sachwerte notwendig sei, nachdem man früher die Verfechter dieses Gedankens mit gemeinem Spott und unsachlichem Widerstand bekämpft hat?

Wir brauchen die Umgestaltung der Wirtschaft zur produktiven Arbeit. Wir brauchen in

darum ist es Aufgabe aller über die Wirtschaft- und Sozialpolitik des Reiches wachenden Organe, ein weiteres Abfinden der Löhne zu verhindern, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, ein besseres Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen herzustellen.

Denn das ist der Kardinalpunkt, nachdem die Arbeit an der Sanierung der Währung infolge der unermesslichen Ausgaben für den Ruhrkampf so langsam fortschreitet. Aber es bedarf rascher und wirksamer Hilfe.

Denn es ist ja nicht Lebensmittelmangel, der die Not verursacht. Reiche Ernte bergen die Scheunen der Landwirte, die Brotverforgung, soweit das Reich in Frage kommt, erscheint für einige Zeit zweifelsfrei sichergestellt, die Käufe der Reichsgetreidestelle werden fortgesetzt. Aber die Gefahr, daß das Volk bei vollen Scheunen hungert, besteht nicht mehr als ferne Bedrohung, sie ist durch die Preisentwicklung der letzten Zeit in ein akutes Stadium gerückt.

Darum muß zugleich mit dem Streben nach Währungsgegendung die Wirtschaftspolitik Mittel und Wege suchen, die gewaltige Kluft zwischen Löhnen und Preisen zu überbrücken.

Daneben bleibt unsere Forderung, daß alles zur Beseitigung der Währungsnot getan werden soll, bestehen. Eine rücksichtslose Vereinerung der Reichsfinanzen durch Erschließung neuer Steuereinnahmen und Einschränkung der Ausgaben ist dazu Vorbedingung. Die hemmungslose Tätigkeit der Rotenpresse muß unter allen Umständen gebremst werden. Sie schafft die ungeheure Menge papierner Geldzeichen, die auf dem Wege über Warenverleiher und Banken der Spekulation zufließen, erschlägt die Kaufkraft der Bevölkerung, indem sie dem Sachwertbesitzer ungeheure Vorteile zuschanzt und alle Papiermarkt-Kläden mit der Inflationssteuer belastet, jener unsichtbaren Steuer, die weder in Prozenten oder festen Sätzen, noch auch von Steuerbehörden erhoben wird, sondern erst erkennbar ist, wenn der Lohnempfänger merkt, daß sein Wochenlohn in Warenwerten plötzlich auf einen Bruchteil des erhofften Arbeitsertrages zusammengeschrumpft ist. Die Umgestaltung des Kreditverkehrs auf Goldbasis ist im Gange und damit eine weitere Quelle der Bereicherung der Reichen am Versiegen. Schon in den aller-nächsten Tagen soll ferner ein werbeständiges Zahlungsmittel geschaffen werden, das die Störungen in der Warenverforgung der Großstädte beseitigen kann.

Aber die Zeit drängt. Wir müssen, so bald es die außenpolitische Lösung und die innere Finanzpolitik irgend gestatten, zu der neuen Währung kommen, ihre Vorbedingungen schaffen. Ohne echte Währung ist eine Gesundung der Produktion undenkbar, ohne sie ist die verhängnisvolle Abstieg- und Arbeitskrise der Weg der Verelendung ohne Ende.

Hier Hunger — dort Ueberfluß! Und beide leiden Not.

Dem Privatbrief eines Farmers in Südwestafrika vom Mai dieses Jahres entnimmt die „Frankfurter Zeitung“ folgende Ausführungen:

Hier draußen bei uns geht es gegenwärtig sehr schlecht, obwohl wir in diesem Jahre guten Regenfall gehabt haben, die Weide- und Wasserverhältnisse ausgezeichnet sind und das Vieh gedeiht. Aber es ist eben absolut keine Absatzmöglichkeit für irgend welche Formprodukte. Weder Schafwolle noch Wolle oder Felle haben zurzeit hier einen Preis. Alles liegt darnieder. Bares Geld bekommt man kaum noch zu sehen und Kredit gibt es nicht. Bei den Verkaufsvereinbarungen des Bezirks in R. R. sind seit Wochen etwa 6100 Stück Schlachtreife Hammel und 4000 bis 5000 Ochsen zum Verkauf angemeldet und können nicht abgesetzt werden. Für Wolle und Felle ist überhaupt keine Nachfrage. Dagegen sind alle Bedarfsartikel (Mehl, Zucker, Salz und Bekleidungsgegenstände) außerordentlich teuer. Der Landpreis ist demzufolge ebenfalls rapid gefallen. Die Einwanderung aus der Südafrikanischen Union hat ganz aufgehört, weil die zuerst eingewanderten Buren, welche hohe Landpreise zahlten, sehr trübe Erfahrungen gemacht haben. Viele möchten gern ihre Plätze mit Verlust wieder verkaufen.

Serienstreiflichter. Von Nicola.

Die gelben Schwaden des Weizens türmten sich zu hohen Meilen. Seit fünfzig Jahren, sagte der Müller der Seemühle, habe er solche Getreideernte nicht erlebt. „Was haben wir davon, antwortete ihm in einer Frage, die seiner Antwort bedarf, die müde, weisse Kontoristin, die in ewiger Ueberarbeit — infolge der andauernden Hochkalkulation der Waren — sich die vierzehn Tage Reise zusammengespart hatte und nach dem Weg fragte.“

Was hat das Volk vom Erntesegen — — — ?
Von Hof zu Hof rannten wir mit unserer Milchkanne. Bonnern und keine Milch? „Wir liefern sie all in die Rotkerl.“ Die Rotkerle haben Postverland . . . auch in das besetzte Gebiet, wo der hochlebende französische Frank wertet. Und wo kein Klager ist, ist bekanntlich kein Richter.

Hie und da ein Ruhrkind aus den Bauernhöfen. Hüte Rube, macht dies und das. „Ein traf ich, ein kleines Mädchen im evangelischen Vereinskolpiz zu Kolberg. Müde, verschüchert saß es um 11 Uhr nachts auf dem Sofa. Fuhr zurück, wollte heim. War hartzerzogen Leute in die Hände geraten. . . Ruhrhilf! Richt Hilfe für die Ruhr, diesmal Hilfe aus der Ruhr. Das Kind ersehnte nach seinem Tagespensum eine halbe Diensttag. . . Wie so viele Fabrikanten Hilfe durch die Ruhrhilfe schluderte, so der Kleinbauer hierbei durch ein Kind. Hell glänzte ein Lächeln auf in dem tränenbedeckten Gesichtchen, als ich mir die Adresse des Kindes notierte für andere, bessere Ferien im nächsten Jahr. . .“

Endlich hatten wir die erste Milch erhalten.
„Was haben Sie bezahlt für die Milch bisher?“
„Wir hatten bis jetzt noch keine.“
„Die Milch ist teuer. . . Die Rotkerle zahlt uns schon fünfzig.“
„Wenn es nicht anders geht, zahlen wir es auch.“
„Ja, ja, aber nachher reden Sie drüber. Und dann für meinen kiten Willen. . .“
Die Tür gegenüber öffnete sich, heraus tritt die alte Großmutter. „Immer durch die gute Tstube. . .“ mißbilligt die Bäuerin. . . „aber laß uff.“

Unser Ruhr, der sich geöffnet hatte, um den sehr begründeten Verdacht des Darüberredens zu denotigen, blieb sprachlos offen stehen. Ein vernünftiges Mädchen zog über das breite Gesicht der Bäuerin. Ein herrliches schwedisches Eßzimmer im Barockstil füllte die geräumige Bauernstube, die offenbar, nach der Decke zu urteilen, für die Einrichtung vergrößert worden war. Auf der fast einem zweiten Büfett gleichenden Servante stand eine geschmacklose riesige Alfenbischale mit künstlichen Früchten, zu beiden Seiten flankiert von bunten Papierblumensträußen. Ähnlich waren die anderen „Rippesachen“. In der Ecke stand ein Piano in hellem italienisch Aufbaum. Die mit großen Knirschproben verzierte Tapete zeigte bis zur halben Zimmerhöhe leuchtenden Schimmel. . . Und all die Pracht sah auf den anderthalb Meter hohen Rithausen des Bauerngeböts hinaus. . . Die Großmutter ging durch die andere Tür ab. . . Es war Sonntag.

Ist das nicht eine herrliche Welt? In Deutschland und ganz Mitteleuropa wissen Hunderttausende nicht, woher sie das Notwendigste zur Stillung des Hungers nehmen sollen. Und in Amerika wie in Afrika wissen die Farmer nicht ihren Ueberfluß loszuwerden. Alle Ertragsmaschinen der Technik, die schnellfahrenden Dampfschiffe sind ausgezehrt, weil der Militarismus auch nach dem Weltkriege noch die Welt beherrscht und diese ehrenvolle Rolle mit der Profitgier des internationalen Kapitals teilt. Die einen müssen inmitten ihrer Ueberproduktion erstickt, die anderen wegen Mangels am Nützlichsten verelenden. Die „freie Wirtschaft“ ist wirklich eine vor-treffliche Erfindung, besonders wenn sie von nationalen und internationalen Interessentengruppen gebändigt wird.

Die Zusammenstöße in Sorau.

Der Amtliche Preisdienst teilt zu den belagerten Wertungen Vorgängen in Sorau folgenden mit: Am Freitag, den 14. September, hatten größere Trupps bereits in den Geschäften gewaltsam die Preise für Lebensmittel bis auf ein Viertel der Einkaufspreise herabgesetzt. Infolge dieser Ereignisse erbot der Landrat die Entsendung von Schutzpolizei, die am Sonnabend früh eintraf. In der Zwischenzeit, am Freitag abend, fand eine Versammlung der geschädigten Geschäftseigenen statt, die bereits von Posten der Demonstranten umstellt war, und deren Teilnehmer, darunter der Landrat und der Bürgermeister, auf dem Heimwege be-lästigt wurden. Sofort nach dem Erscheinen der Schutzpolizei am Sonnabend früh rotteten sich zunächst in den Straßen und nachher auf dem Markte erhebliche Menschenmengen zusammen, die mit vorgeholener Waffe zerstreut wurden. Bei einigen Festgenommenen wurden Pistolen, Dolche und Säbegriffe gefunden. Am Sonnabend nachmittag fand eine große Arbeitlosenversammlung statt, in der die Gewerkschaftsführer mit aller Anstrengung, aber leider vergeblich, die Teilnehmer zu beruhigen und von unüberlegten Schritten abzuhalten suchten. Im Gegenzug zu ihren Bemühungen aber wurde im Sinne einiger radikaler Antragsteller ein Demonstrationsszug beschlossen, der nach dem Marktplatz zog, der in Kürze mit Tausenden erregter Menschen angefüllt war. Die auf dem Marktplatz zum Schutz des Rathauses aufgestellte Schutzpolizei wurde sofort von der aufgeregten Menge angegriffen und konnte sich ihrer nur mit Mühe erwehren. Dem Führer der Schutzpolizei, einem Polizeihauptmann, wurde der Tschako vom Kopf geschlagen, einem anderen Beamten ver-lüschte man die Wäsche usw. Als die Situation immer bedrohlicher wurde, forderte der Polizeihauptmann viermal hinter-einander die Menge zum Zurückgehen und zur Räumung des Platzes auf. Diese Aufforderungen waren leider erfolglos, so daß schließlich ein Teil der Beamten, etwa zehn Mann, den Befehl zum Feuern erhielt. Als auch hierauf die Menge den Platz noch nicht räumte, erhielt ein anderer Teil der Beamten Feuerbefehl. Jetzt erst flüchteten die Massen zurück. Zehn Tote blieben auf dem Platz, zwei Ver-wundete sind später noch gestorben, außerdem sind nach 14 Personen verletzt. Nach den Erklärungen des zuständigen Landrats hat sich die Schutzpolizei in jeder Hinsicht einwandfrei verhalten und der Polizeihauptmann hat das Kommando zum Feuern erst dann gegeben, als die verschärfte Situation eine andere Lösung nicht mehr zuließ.

Unruhen in Lörach.

Lörach, 17. September. (T.M.) In Lörach und Umgebung ist die Stimmung unter der Arbeiterschaft, hervorgerufen durch die Teuerung und Verheerung von kommunistischer Seite, sehr erregt. Am Freitag wurden von den Bauhandwerkern die Arbeiter aus den Fabriken geholt und der Generalkrieg ausgerufen. Die For-derungen der Arbeiterschaft auf Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage von 50 Schweizer Franken an alle Arbeiter, Aus-zahlung der Löhne ab 17. September auf Goldbasis, multipliziert mit dem Kleinhandelsindex, volle Bezahlung der Streiktage wurde von den Unternehmern bewilligt. Abends wurden von den Demonstranten Gefangene aus dem Gefängnis befreit und die Polizei miß-handelt. Da nun angeblich der Arbeitgeberverband sich weigert, die unter dem Druck der Erpressung erzwungenen Zusicherungen zu er-füllen und durch die Verbeugung weitere Unruhen zu erwarten sind, ist heute früh Schutzpolizei einmarschiert und hat die öffentlichen Ge-bäude besetzt. Die Arbeiterschaft, die durch aufrührerische Elemente ständig Zuzug aus allen Orten der Umgebung erhält, die mit roten Fahnen geschmückt und mit Knütteln bewaffnet erscheinen, nimmt eine immer drohendere Haltung gegen die Polizei ein. Schreckschüsse mußten bereits in den Vormittagsstunden abgegeben werden, und in

den Vormittagsstunden kam es bei einer verfrühten Entzündung der öffentlichen Gebäude zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem es mehrere Tote gegeben haben soll. Wie sonstig ein Teil der Arbeiterschaft ist, geht daraus hervor, daß diese drohen, die Franzosen aus dem Elß zu holen, wenn die Schutzpolizei nicht ab-zieht. Die Polizei und Gendarmen geht durchaus forrest vor und glaubt Herr der Lage zu bleiben.

Freiburg i. Br. 17. September. (W.Z.) Wegen Lohnstreitigkeiten wurde heute in zahlreichen Industriorten des Westens sowie in Lörach die Arbeit niedergelagt. Die Behörden trafen überall Sicherheitsmaßnahmen. In Lörach wurden die Leiter verschiedener industrieller Unternehmungen von demonstrierenden Be-lägern gezwungen, in einem Demonstrationsszug mitzumarschieren. Am heutigen Nachmittag kam es in Lörach zu einem Zusammenstoß zwischen Schupa und demonstrierenden Arbeitern vor dem Bezirksamt. Die Schupa machte von der Waffe Gebrauch, wobei ein Demonstrant getötet und mehrere andere verletzt wurden. Der Zusammenstoß ereignete sich, als die Demonstranten ver-lüschten, Verhaftete zu befreien und dabei das Drohverbot, das die Schutzpolizei vor dem Bezirksamtgebäude angelegt hatte, durch-brachen.

Lörach, 17. September. (W.Z.) Bei dem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Schutzpolizei sind 8 Personen ver-letzt worden, als tot ist eine Person gemeldet worden. Gegen-wärtig herrscht in Lörach wieder Ruhe. In anderen Orten des Westens sind Ausschreitungen nicht vorgekommen.

„Kommunistische Spigel“.

Die Tatsache, daß die dem Bezirksparteitag unterbreitete Resolution der Parteifunktionäre in der Reichsdruckerei (146. Ab-teilung) in ihrem vollen Wortlaut veröffentlicht werden konnte, hatte uns Anlaß zu einigen Bemerkungen über die Tätigkeit kommu-nistischer Spigel in den Reihen der Vereinigten Sozialdemokratie gegeben. Wir erhalten nun die folgende Zuschrift:

Unterschiedener fühlt sich verpflichtet, der Partei und ihrer proletarischen Ehre gegenüber folgende Erklärung und Feststellung abzugeben: Ich erkläre hiermit unter meiner parteigenösslichen Ehre, der „Roten Fahne“ die Entschuldig der 146. Abteilung der Reichsdruckerei sowie einen Bericht vom Bezirksparteitag nicht übermittelt zu haben und verurteile diese Uebermittlung der Entschuldig auf das allerentschiedenste. Des weiteren halte ich folgende Feststellung für unbedingt notwendig:

1. Die fragliche Entschuldig ist nicht durch den Dele-gierten dieser Abteilung dem Bezirkstag unterbreitet worden, sondern der Bezirksvorstand hat sie vom Abteilungs-vorstand der 146. Abteilung zu dem Zweck übermittelt erhalten, sie dem Bezirkstag vorzulegen, was aber leider erst geschah, als Genosse Luckow durch seine Ausführungen zur Geschäftsordnung dem Sekretär des Bezirksvorstandes in Erinnerung brachte, daß man eingegangene Entschuldigungen nicht in der Tasche stecken läßt, sondern sie dem Vorsitzenden so rechtzeitig übermitteln, damit er sie zur vorgeschriebenen Stunde zur Verlesung bringen kann.
2. Der vollständige Wortlaut und die namentliche Unterschrift „gez.: Anton“ ist mir erst durch die „Rote Fahne“ und „Vorwärts“ zu Gesicht gekommen.
3. Vom Vorsitzenden, Genossen Schlegel, ist die Unter-schrift „gez.: Anton“ nicht verlesen worden, auch in der Funktionärsitzung der 146. Abteilung, in der diese Entschuldig angenommen wurde, ist diese Unterschrift „gez.: Anton“ nicht zur Verlesung gekommen.

Der Bezirksparteitagsdelegierte der 146. Abteilung, Hermann Luckow, Berlin N., Bornholmer Str. 20. Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir uns über diese offene Beurteilung der Spigeldienste freuen. Es lag uns auch gar nicht im Sinn, einen bestimmten Genossen der Mitarbeit an der „Roten Fahne“ zu bezichtigen. Aber es wird Aufgabe des Bezirksvorstandes sein, zu ermitteln, von welcher Seite diese Mitarbeit erfolgt ist. Wenn sämtliche Funktionäre der 146. Abteilung nicht in Betracht kommen, dann bleibt nur übrig, daß irgendein anderer, dem der volle Wortlaut der Entschuldig mit der Unterschrift zu Gesicht gekommen ist, den Uebermittler gespielt hat. Der Kreis dieser Per-sonen ist naturgemäß nur sehr klein. Also dürfte die Nachforschung ja wohl nicht allzu schwierig sein.

Deutlich sahen wir drei Betten, und auf dem Tisch standen lieblich alte Kaffeetöpfe, Strohgeschellen daneben. Ein junges Mädchen leckte nach Milchresten auf dem Tische.
„Wie unser Junge geboren wurde, haben wir's uns angeschafft,“ antwortete die Bäuerin auf den Ausruf meiner Freundin: „Sehr fein! . . . und als er gelautet wurde, bekam er gleich das Klavier zu.“
Dafür, deutscher Proletarier, hungerst du mit Frau und Kind dich durch, daß dort beim Lebensmittelproduzenten ein Barockzimmer als nutzlose Attrappe steht, in dessen mattgewaschenen Flächen in fester Zu- und Abnahme sich der Rhythmus spiegelt, bis der Schimmel die Eichenplatten dunkelt, wie er die Kupferdrähte des Pianos mit Grünspan überziehen wird, bis sie reifen. Dafür, deutscher Proletarier. Der Bauer kann es; sein ist der Grund und Boden. Er darf es; weil die Verfassung das Privateigentum schützt. . .
Vergeblich suchten wir in den drei Wochen des Milchotens irgendwelche persöhnlichen Sehnsüchte in dem Bauernhaus zu finden, sei es an Schönheitssinn oder an ausgebildetem geistigen Hunger, der die in Schwerten festgelegte Inflation rechtfertigt. . . nichts. . . Alle zwei Tage empfing uns die ständige Redensort der Bäuerin: „So, nu is die Milch all webber teurer geworden. Der Butterpreis is so festlegen, un da steigt die Milch of. . .“ Nach einer Weile folgte dann gewöhnlich so Behalliches: „Ne zu schwere Zeit. Wat dat bloß werden soll. . .?“

III.
In zwei Tagen hatten wir vier Eier erforscht. Ueberall das bekannte: „Wir haben nicht. Die Hühner legen zu schlecht. . .“ Pause. Dann: „Wat woll'n Se denn jeben —?“ Auf unsere Antwort erfolgte prompt: „Der Händler jibt mich schon. . .“
Griff man sie an, so erwiderten wir stets die entrüstete Antwort: „Wat können wir dazu, dat die Händlers so vilte jeben duhn!“ Einmal erwiderte ich: „Wenn Ihr wißt, daß sie Spiegelfesseln der Volks-ausplünderung sind, warum hebt Ihr nicht die Hunde auf sie, sowie sie sich blüßen lassen?“ . . . Als mir niemand antwortete, setzte ich hinzu: „Und seit wann ist Fehler wie Siehtler nicht gleich schlimm?“ . . . Diese vier Eier vermehrten sich in den drei Wochen um zwei! Drei Eier pro Kopf war unseres Herkentrums Bewirkung, wo wir schweigen zu können glaubten. Bonnern, das Land is so mit seinen Gänseherden. . . Eine Gans. . . oh Weihnachten 1923! . . .
Daß der Bauer die Zeitläufte im 16. Jahrhundert nicht begriff, hat Deutschlands Schicksal bis heute zu einem tragischen gemacht. Des Bauern Blutjauger siegte damals über bäuerliche Beschränktheit. Diesem, seinem alten Aufsauger an Leib und Seele, dem Junkertum, ist auch heute noch der Bauer verfallen. Der Landbund hat ihn unter seiner Fuchtel. Ein demokratisch gewonnenes Bauern-tum könnte Deutschland dem Junkertum retten. . . Doch ist es besser so. . . Der Lauf der Geschichte ging über sie hinweg und muß zum zweitenmal über sie hinweg.

Eine neue Aera im Deutschen Theater.

Felix Holländer, der Generaldirektor des Deutschen Theaters, der Kammerpiele und des Großen Schau-spielhauses, wird die Direktion aufgeben, um sein Amt an Künstler abzutreten, die mit größerer Hoffnung in die Zukunft

sehen. Man weiß, daß Holländer geht, weil er wirklich hoffnungslos geworden ist. Denn sonst würde er nicht eine Kunststätte ver-lassen haben, zu der er von Anfang an ihres Bestehens gehört hat.
Felix Holländer war nämlich einer von den ersten Drama-turgen Max Reinhardts, er unterstützte den Mann der Bühne durch sein literarisches Gewissen, das sehr gern bei den jungen und zagen Talenten weilte, wenn die Zeiten es gestatteten. Holländer war ja, obwohl er selbst eine ziemlich robuste, vollstimmige und oft auch banale Feder führte, in seinen geheimen Reigungen ein großer Freund der mystischen Ungewöhnlichkeit. Indem er sich für Materlin, Schmidbom, Hermann Ströb und andere Talente einsetzte, die durchaus nicht marktgängig waren, brachte er dem Deutschen Theater großes Ansehen und dem Direktor und Regisseur Max Reinhardt den Ruhm, daß er ein Entdecker des neuen und wertvollen Schrifttums sei.

Dann übernahm Felix Holländer selbst die drei Theater, die Max Reinhardt als ein genialer Kautschmann und ein nicht minder gewiegter Geschäftsmann ausgebaut hatte. Es war leichter, zwanzig Jahre Dramaturg zu sein, als zwei Jahre Direktor. Als Direktor mußte Holländer scharf rechnen, und er sahete sich nicht, zugleich bitter abzurechnen, wenn das Exemplar nicht gut ausging. Die Theaterrechnung konnte bei den miserablen wirtschaftlichen Zeiten nicht gut aufgehen. Der Direktor Holländer opferte seinen Geschmad auch, um das Geschäft zu retten. Aber er muß auch hierin etwas zu jaghaft gewesen sein, denn es hieß, daß er trotz „Mit Heibelberg“ und der Schauspiereie im Zirkus nicht bestehen konnte. Er suchte den Frieden, den er vielleicht jetzt gefunden hat. Aber kann Felix Holländer ohne Krieg auskommen? Er war zeitweise ein sehr kriegerischer Direktor. Der Mann, dessen Herzen menschenfreundliche Regungen gar nicht fremd waren, wandte sich gegen die schmer um ihre Existenz kämpfenden Schauspieler, bis ein etwas sicheres Brot gewinnen wollten. Es schien immer, daß solche Haltung des Reaktionsärs gut nicht zu der Behändigkeit, zu der Heiligkeit und der Gefühlsenergie Felix Holländers paßte. Ihm war eben der Kampf über den Kopf gewachsen, und darum geriet auch sein Werk in Zerrüttung.

Nun wird er abdenken, und jugendliche, sehr unternehmungs-lustige, vorläufig von der Hoffnungslosigkeit noch nicht betroffene Schauspieler wollen als selbständige Herren in das Deutsche Theater und in die Kammerpiele einziehen. Sie wählten kein Direktor, sie wählten nur einen Häuptling, der, wie das Gesetz dieser Selbst-verwaltung es vorschreibt, nichts anderes sein möge als ein Gleich-berechtigter unter Gleichberechtigten. Ob Karlheinz Martin, der von Felix Holländer vielfach zur Regiearbeit herangezogen wurde, die Kraft haben wird, zugleich ein Führer des Schauspiel-theaters zu sein und zugleich ein Freund seiner Schauspieler, die ihn wählten, zu bleiben, das muß erst abgewartet werden. Man sagt, daß die Schauspielerrepublik, die jetzt im Deutschen Theater und in den Kammerpielen begründet wird, den Präsidenten Karl-heinz Martin nur ein Jahr wählen darf. So verlange es Max Reinhardt, der noch als Monarch, d. h. als Hauseigentümer und oberster Ruhnießer, über die beiden Häuser absetzt. Trifft die Nachricht zu, dann werden wir nur für ein Jahr diese Theater-republik miterleben und beobachten können, ob deren Existenz bei-spielsgebend für alle Theaterzukunft werden könnte. Daß dieses Bei-

Sachsen und der Fall Gehler.

Die sächsischen Parteioorganisationen nahmen Ende der vergangenen Woche in Gegenwart des Genossen Dittmann vom Parteivorstand Stellung zu dem Fall Gehler. Die Auffassung der sächsischen Landesinstanzen kommt in folgenden Entschlüssen zum Ausdruck:

1. Die Landesinstanzen nehmen Kenntnis davon, 1. daß die Reichsregierung im Gegensatz zu dem vom Reichswehrministerium erlassenen Verbot es für unzulässig erklärt hat, daß die Reichswehr die Beziehungen zur sächsischen Regierung abbricht,
2. daß der Reichskanzler und der Reichswehrminister jede Beziehung der Reichswehr zu illegalen Organisationen entschieden verurteilen,
3. daß ein Befehl des Reichswehrministers der Reichswehr solche Beziehungen verbietet.

Die Landesinstanzen halten es trotzdem für notwendig, daß die Partei ihren Kampf gegen das Eindringen der Reaktion in die Reichswehr fortsetzt, damit die Reichswehr zu einem zuverlässigen Instrument der Republik gemacht werden kann.

II. Die Landesinstanzen der DSD. Sachsens halten den weiteren energischen Kampf gegen die reaktionären Umtriebe, die auch in die Reichswehr übergreifen, für unerlässlich. Sie erklären eine Erledigung der Frage des Reichswehrministers Gehler nur dann für gegeben, wenn die gesamte Reichsregierung durch eine entsprechende Verordnung die notwendigen Maßnahmen in die Wege leitet. Geschieht dies nicht, so wird der Landtag in Kürze seine Stellungnahme hierzu in unzweideutiger Weise zu bekunden haben.

Die erste Entschlüsselung wurde mit großer Mehrheit, die zweite mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Volkspartei und Stresemann.

Vertrauenskundgebung des Reichsausschusses für den Kanzler.

Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei hielt am vorgestrigen Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, in der er sich in eingehender Beratung mit der politischen Lage beschäftigte. Das einleitende Referat hielt der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Reichsminister a. D. Dr. Scholz. Nach ihm sprach Dr. Stresemann über die innen- und außenpolitische Lage des Reiches. Es wurde folgende Vertrauensresolution angenommen:

„Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei spricht dem Reichskanzler Dr. Stresemann seinen Dank aus für die Opferwilligkeit und Energie, mit der er die Leitung der Reichsregierung übernommen hat. Die heutigen Darlegungen des Reichskanzlers über die außen- und innenpolitische Lage finden bei dem Reichsausschuss vollen Beifall. Wir haben geschlossen hinter der Politik Dr. Stresemanns und bringen ihm auf Grund seiner heutigen Ausführungen, seiner vieljährigen Zusammenarbeit mit uns und seiner bewährten Führung der Partei unumschränktes Vertrauen entgegen.“

Der Parahimer Mord.

Die Anklage wegen Mordes erhoben.

Die Erhebungen in der Morde des Parahimer sind jetzt so weit gediehen, daß mit der Andauerung der Hauptverhandlung vor dem Staatsgerichtshof demnächst zu rechnen ist. Von den unter dem Verdacht der Beteiligung in Haft genommenen Personen sind jetzt zwei, der Leutnant a. D. Köpke aus Berlin-Steglitz und von Lettenborn aus Breslau wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da ihnen keine strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte. Dagegen ist gegen die vier Haupttäter die Anklage wegen Mordes und gegen die übrigen Beteiligten von Madensen, Fricke, Richter und Bernhardt wegen Mordbegünstigung erhoben worden. Als weiterer Beteiligter an diesem Mord kommt übrigens noch ein Deutsch-Balte namens Löwis of Renner in Frage, dessen man noch nicht habhaft werden konnte. Wie erst jetzt bekannt wird, ist auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof die Leiche des Ermordeten Cladow nochmals exhumiert und einer eingehenden gerichtsarztlichen Untersuchung unterzogen worden, wobei man die neue Feststellung gemacht hat, daß die letzten tödlichen Schädelschüsse von hinten aus unmittelbarer Nähe auf das unglückliche Opfer abgegeben worden sind.

„Spiel schön und erfreulich ausfallen möge, ist der Wunsch selbst derer, die nicht mit Ueberschwänglichkeit in die Zukunft sehen.“

M. S.

Der Dichter der Mark.

Fünfundzwanzig Jahre sind vergangen, seit Theodor Fontane seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Am 18. September 1899 hatte er in Berlin im Alter von nahezu neunundsechzig Jahren seine Tage beschloffen und am 23. wurde er auf dem Friedhof der Französischen Reformierten Gemeinde an der Liesenstraße unter großer Beteiligung, namentlich seitens der literarischen Kreise, beerdigt. Einer aus Frankreich eingewanderten Familie entsprossen, hatte er sich dennoch stets als Sohn der Mark gefühlt und dies in zahlreichen poetischen wie prosaischen zum Ausdruck gebracht. Gleich anderen märkischen Dichtern begeisterte er sich allzulehr für Preußens Ruhm und feierte die großen Kriege und Bismarck persönlich. Darüber darf aber nicht übersehen werden, daß er ein warmes Herz für das Volk hatte und ein feiner Beobachter des menschlichen Seelenlebens war. Davon zeugen Balladen wie „Her Ribbed auf Ribbed im Havelland“ und viele Novellen und Romane, so „Eternit“, „Adultera“, „Trungen, Wirrungen“, „Stine“, „Frau Jenny Treibel“, „Effe Brück“, meist Erzeugnisse seines späteren Alters. Ganz besonderes Verdienst aber hat er sich durch seine Wanderungen durch die Mark Brandenburg erworben, welche uns diese gar zu lange mißachtete Landschaft in ihrer ganzen Schönheit vorführen. Solche Schöpfungen behalten dauernd Wert, wenn sie Kriegswunden und lokalen Ergrüßte längst der Vergessenheit anheimgefallen sein werden. Nicht ungeschickt nennt Kommissen ihn ausgezeichnet durch glückliche Vereinigung der ererbten französischen und deutschen Geistesgaben: blühende Kunst und kraftvolle Männlichkeit. Wohlberedigt ist, daß unser Märkisches Museum ihm den Raum 25 gewidmet hat, der außer seinen Manuskripten und sonstigen Reliquien sein von Hans Fechner gemaltes Porträt enthält. Passend ist über der Eingangstür ein Postbild des Faktors Schmidt von Verneuchen angebracht. Diese Sinnbilder des friedlichen Landlebens, den Goethe in seinen „Rufen und Gesängen in der Mark“ so unrecht verspottet, hat Fontane in seinen Wanderungen in gebührender Weise zu Ehren gebracht.

M. S.

Die internationale Leprosenkonferenz, die vor kurzem in Straßburg tagte, hat nach einer Mitteilung der „Klinischen Wochenschrift“ wichtige Beschlüsse gefaßt. Darin wird die Zuwanderung landfremder Leprosen verboten, in Ländern mit geringer Krankheitszahl die Unterbringung in Krankenhäusern oder bei gesicherter Absonderung selbst in Wohnungen für ausserhalb erklärt, aber an den Herden endemischer Verbreitung strengere Absonderung gefordert. Die Kinder von Leprosen sollen von anderen Kindern getrennt aufgezogen, Familienangehörige periodisch untersucht werden.

Die Herbstausstellung der Berliner Sezession wird voraussichtlich schon Ende Oktober in ihren Räumen Rinfurstenbaum 232 eröffnet werden. Anmeldungen ab 1. Oktober.

Massenkündigungen in der Metallindustrie.

Der Siemens-Konzern will stilllegen.

Von Angestellten des Siemens-Konzerns wird uns geschrieben: Das Bestreben der neuen Koalitionsregierung, den auf den Hund gekommenen Reichshaushalt durch schärfste Heranziehung des Geldes wieder etwas auf gesunden Grund und Boden zu stellen, sieht sofort auf allgemeinen Widerstand der davon Betroffenen. Da diese aber befürchten mußten, daß alle Klageleider und Proteste diesmal nichts fruchten würden, gingen sie zur offenen Fronte über. Während aber sonst in diesem Punkte die Landwirtschaf stets den Vortritt hatte, bemüht sich diesmal die Industrie, ihr die Palme zu entreißen. Durch Massenkündigungen und Arbeitseinschränkungen verlor sie gleich gegen zwei Fronten vorzugehen. Einmal als Paroli gegen alle den Profit und die Volksauswanderung etwas einschränkende Regierungsmassnahmen, zum anderen gegen die Begehrlichkeit der Angestellten und Arbeiter, die es wagen, sich durch Inbezugkommen etwas gegen die fortschreitende Aushungerung und Verumpfung zu wehren.

Es war bei jedem Kenner der industriellen Machtgruppen klar, daß bei diesem Vorgehen der „Verband Berliner Metall-Industrieller“ nicht fehlen würde, trotzdem Beschäftigung und Profite dieser Unternnehmergruppe mit zu den erstklassigsten Groß-Berlins zu rechnen sind. Befremdlich war es aber doch, daß die Anordnungen des BWRV. aufsehend nicht bei allen Verbandsfirmen restlos befolgt wurden, daß ausgerechnet aber der Siemens-Konzern, bei dessen Leiter man auf Grund seiner Zugehörigkeit zu einer Regierungspartei eine gewisse Liberalität annimmt, sie am promptesten und rücksichtslosesten anwendete. Ohne sich um die einschneidenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Demobilisierungsverordnungen zu kümmern, gab man den Entlassungsakt an das Gros der Siemens-Angestellten, d. h. alle mit 4 Wochen Kündigung Beschäftigten heraus, selbst Angestellte mit jahrzehntelanger Tätigkeit.

Erst am Nachmittag des 30. August hatte man die Gnade, dem Gesamtbetriebsrat einen Stimmungsbericht über die Gründe und Absichten der Beschäftigung zu geben. Da ja das Betriebsrätegesetz sehr zum Schaden der ganzen Volkswirtschaft keinen gesetzlichen Zwang zur Vorlage der Bücher einschließt, so ist in solchen Berichten Dichtung und Wahrheit nie zu ergründen. Es ist ein Leichtes für jeden Finanzier, derartige Berichte so zu färben, wie man sie gerade braucht. Am Sonnabend, den 8. September, ging man dann dazu über, eine größere Anzahl Angestellter zum „freiwilligen Ausscheiden“ zu veranlassen. Mit allen Regietüfsten wurde hierbei von gewissen Direktoren und Abteilungsleitern besonders des Werkerwerks vorgegangen.

Da die Chancen, bis zum 1. Oktober eine neue Stellung zu finden, aus den eingangs angeführten Gründen für die „freiwillig

Ausgeschiedenen“ ziemlich gering sein dürften, so ist es doppelt bedauerlich, daß sie auf Grund des an ihnen verübten Druckes noch nicht mal Arbeitslosenunterstützung beziehen können. Da es sich aber zeigte, daß diese Ueberumpelung durch das Eingreifen der Angestelltenräte sich nicht so ausdehnen ließ, wie man es erhofft hatte, griff man zu einem neuen Mittel. Am 10. September erhielten die mit der Kündigung Bedachten ein Schriftstück mit einem Adress, auf dem sie sich verpflichten sollten, auf event. noch dem 30. September vorzunehmende Kurzarbeit einzugehen. Eine Frist für diese Erklärung war bis zum 14. September gesetzt. Auch hier bemühten sich wieder diverse Abteilungsleiter, sofort oder so schnell wie möglich alle in Frage kommenden zur Unterschrift zu veranlassen. Diese Vorgänge haben die Vertreter der Arbeitnehmer veranlaßt, die Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit des hier geschlossenen Gebarens vor das Kaufmannsgericht und Schiedsgericht zu bringen.

Die Gemeindevahlen in der Tschechoslowakei

Prag, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Sonntag haben in mehr als 9000 Gemeinden die neuen Wahlen zu den Gemeinderatwahlen stattgefunden. Soweit sich die bisher vorliegenden Resultate übersehen lassen, ist eine merkwürdige Verschiebung zugunsten der nationalen Parteien, sowohl bei den deutschen wie bei den den Staat beherrschenden tschechischen Parteien zu beobachten. Diese Verschiebung ist auch auf Kosten der sozialistischen Parteien erfolgt. In einer Reihe von Gemeinden haben die deutschen Sozialdemokraten zum ersten Male Mandate erobert, in vielen anderen Gemeinden konnten sie ihre Mandatziffern erhöhen, in wieder anderen Gemeinden aber haben sie Verluste erlitten. Schwer gerührt hat sich an der gesamten Arbeiterbewegung die Agitation der Kommunisten, die in einer planmäßigen Disziplinierung der sozialistischen Tätigkeit bestand und dadurch dem Bürgertum in die Hände arbeitete. Ein Schulbeispiel bietet die kommunistische Hochburg Reichenberg. Bisher waren dort 15 sozialistische Gemeinderäte. Jetzt haben beide Arbeiterparteien 9 Mandate erzielt, davon erhalten 6 die Kommunisten und 3 die Sozialdemokraten. Die restlichen 6 fallen an die Großbürgerlichen und Hakenkreuzler. Auch im Reichenberger und Gablonzer Industriebezirk, in dem Haupttätigkeitsgebiet der Kommunisten, haben die bürgerlichen Parteien auf Kosten der Arbeiterparteien Mandate errungen.

Die tschechischen Sozialisten haben besser abgeschnitten als befürchtet worden war. Im allgemeinen haben sie ihren Bestehenden erhalten. In Prag sind die Kommunisten doppelt so stark als die Sozialdemokraten. In der Provinz dagegen konnten die Kommunisten den tschechischen Sozialdemokraten nicht viel anhaben. Auch in der Slowakei ist es den Kommunisten nicht gelungen, besondere Vorteile zu erzielen.

Die Gärung in Bayern.

Aus der bereits in der gestrigen Abendausgabe kurz erwähnten Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Knilling auf der Tagung der bayerischen Bauernvereine in Luntzenhausen geben wir aus dem WLB-Bericht noch folgende charakteristische Stellen wieder:

Reichskanzler Dr. Stresemann hat die Absicht zu erkennen gegeben, sich für keinen Teil auf ein gutes Auskommen mit Bayern einzustellen. Wir warten auf Taten des neuen Regiments und hoffen, daß der Reichskanzler auch die nötige Kraft im gegebenen Augenblick wird aufbringen können.

Wie verlangen, daß der Landwirt für sein Getreide eine wertbefähigende Zahlung erhalte.

Diese Frage beschäftigt zurzeit die Reichsregierung, und Bayern entzieht sich der Mitarbeit nicht. Ich unterrichtete den Reichskanzler über die Notwendigkeit der Verfolgung mit Kartoffeln und Fett und verlangte, daß der spekulativen Ausbeutung ein Riegel vorgeschoben werde durch Frachtbriefzwang und strenge Verkehrskontrolle. Die Verhandlungen über den Frachtbriefzwang sind noch nicht abgeschlossen. Sollte es nicht vorwärts gehen, so ist Bayern entschlossen, seine eigenen Vorkerkungen zu treffen. Es soll rücksichtslos gegen das Händlerumwelen vorgegangen werden. Was die Steuerfrage anlangt, so dürften die Grundzüge der Billigkeit nicht außer Acht gelassen werden.

Zurzeit steht im allgemeinen Interesse die Fühlungnahme des neuen Reichskanzlers mit Frankreich zum Zwecke der Lösung des Reparationskonflikts. Der Reichskanzler hat wiederholt betont, daß an der deutschen Souveränität über das Ruhrgebiet festgehalten werde, und daß das Ziel nur die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes sein könne und dürfe.

Aber es wird sich zeigen, ob nicht vielleicht von mancher Seite die Aussichten für einen solchen Verteidigungserfolg allzu günstig dargelegt worden sind, wenigstens solange ein Poincaré an der Spitze der französischen Politik steht.

Dr. Stresemann will für seine Politik die Bohn freimachen für die Lösung von Aufgaben innenpolitischer und innenwirtschaftlicher Natur. Aber es besteht auch die Gefahr, daß bei dem großen Einfluß und dem Druck von links die Reichsregierung schließlich weiter abgedrängt wird, als sie selbst anfänglich wollte. Diese Bedenken haben wir in Berlin nachdrücklich zum Ausdruck gebracht und versucht, bei weiteren Schritten unseren Bedenken Rechnung zu tragen. Die Grenze ist für Deutschland Frankreich gegenüber gezogen durch nationale Ehre und Würde und durch die Notwendigkeit der deutschen Wirtschaft. Was aber, wenn die Lösung des Ruhrkonflikts nicht gelingt, oder wenn eine Lösung erfolgen sollte, die wir Bayern als unannehmbar bezeichnen müßten? Es liegt in der Tat eine förmliche Krisen- und Panikstimmung in der Luft. Politische Gerüchte tauchen auf, dazu kommen sensationelle Meldungen über Diffikulturen, bald von rechts, bald von links, in Umlauf. Es heißt, die Augen offen halten, sich auf alle Möglichkeiten vorbereiten, ohne den Boden von Ruhe und Ordnung und Gesetzmäßigkeit zu verlassen.

Jede Trennung vom Reich weisen wir in Bayern weit von uns zurück.

Wir halten uns für Deutsche und für bessere Deutsche als jene, die das Deutschland für sich allein gepachtet zu haben glauben, in Wirtschaft aber unbedeutend sind, weil sie die Internationale über das Deutsche stellen.

Der Ministerpräsident kam dann auf die vaterländischen Verbände zu sprechen und führte dazu aus, es könne nicht bestritten werden, daß einzelne vaterländische Verbände sich von Ausnahmestellen nicht immer frei gehalten hätten, aber wenn nicht deutsche Volksgenossen des eigenen deutschen Haus im gefährlichen Augenblick angezündet hätten, würden die vaterländischen Verbände überhaupt nicht bestehen. Sie seien entstanden gegen marxistische Gefahr und gegen kommunistische Umsturzpläne. Die vaterländischen Verbände dürften aber unter keinen Umständen mit abenteuerrischen Plänen spielen.

Der Ministerpräsident sagte zum Schluß: Einigkeit macht stark, und diese Einigkeit wünsche ich den vaterländischen Verbänden.

Es können schon in Bälde Ereignisse eintreten, die das Zusammenfallen aller vaterländisch eingestellten Kräfte gebieterisch erscheinen. Dazu ist das vertrauensvolle Zusammenwirken mit einer national eingestellten Regierung nicht zu entbehren. Darum müssen wir alle für diese Geschlossenheit arbeiten. Es gibt viele, die es als wahrscheinlich bezweifeln, daß die jetzige Reichsregierung durch eine radikale Linksbildung in Berlin oder durch eine

Radikalisierung abgelöst werden wird. Wenn die Entwicklung diesen Gang nehmen sollte, dann würde nicht nur Bayern, sondern viele andere Staaten die unabwendbare Pflicht haben, den Reichsgedanken hochzuhalten, dann würde sich Bayern nicht vom Reiche trennen, sondern es müßte mit den anderen dafür eintreten, daß der deutsche Boden nicht zum Tummelplatz des Marzillentums und des Bolschewismus werde.

Die Bedeutung dieser Sonntagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten in Luntzenhausen liegt wohl in der Tatsache, daß nun von höchster bayerischer Regierungsstelle offen und unzweideutig die Gefahr einer unmittelbar bevorstehenden nationalen bayerischen Aktion anerkannt ist. Die Hintergründe der Rede beleuchtet folgender Bericht unseres Münchener Korrespondenten:

Bezeichnend ist, daß heute — drei Monate nach dem Hochverratsprozeß Fuchs-Wachhaus — nunmehr auch die bayerischen Regierungskreise die Doktrin jener Hochverräter, die man damals mit so großer Eiferfertigkeit von den Reichskreisen schützte, sich zu eigen gemacht hat: Die Entwicklung im Reich dränge auf Ausbruch des Bolschewismus in Norddeutschland und für den Fall wäre es die Pflicht Bayerns, die deutsche Sache zu verteidigen. Dem Herrn von Knilling und denjenigen, die ihn auf seinen Posten gestellt haben, ist es ohne weiteres zu glauben, daß sie die Augen offen halten und auf alle Eventualitäten vorbereitet sind. Was das bedeutet, ist auch zu erkennen aus den gewaltigen Anstrengungen, die von dieser Seite in den letzten Monaten gemacht wurden, um den Hitler-, Ludendorff- und Kappbünden eine Formation ähnlichen Charakters entgegenzustellen, die sich organisatorisch auf die vaterländischen Vereine in ganz Bayern stützt. Die Hauptorganisation arbeitete seitdem dabei Herr von Rahr, nachdem in diesem Frühjahr sein letzter Versuch, Ludendorff und seine Anhänger für die weißblaue Sache zu gewinnen, fehlschlagen ist.

Wer in den Gemäthern der bayerischen Politik der Vergangenheit und Gegenwart heimlich ist, findet im übrigen in der Rede Knillings keine Unlese — mit einer einzigen Ausnahme. Diese tritt in dem Satz: „Den Gedanken einer Absonderung Bayerns vom Reich weist in Bayern jeder ernsthafte Politiker von sich“ hervor. Nun weiß aber jeder ernsthafte Politiker in München, daß in den langwährenden Sitzungen der Bayerischen Volkspartei während der letzten Wochen gerade das Thema der evtl. Absonderung Bayerns vom Reich, oder besser gesagt „von der Berliner Regierung“ eine Hauptrolle gespielt hat, und man weiß auch, daß bei dem entstandenen Meinungsstreit gerade die radikalere Gruppe der Partei, in der junge Ministerial- und Reichsbeamte das Wort führen, den Sieg davongetragen hat. Sogar der politisch sonst besonnene Fraktionschef der Partei, der Geheimrat Held, scheint der bereiten Ueberzeugung seiner urgermanischen Parteigenossen erlegen zu sein, denn nur so sind seine Worte zu erklären: „Der Zusammenbruch des Reiches ist fertig. Es ist nun Pflicht Bayerns zu retten, was zu retten ist. Wir können nicht länger passiv bleiben, wir müssen aktiv werden!“ In einer dieser Sitzungen war auch ernsthaft die Rede von dem in der bayerischen Phantasie seit langem spukenden katholischen Rhein-Rain-Donau-Staat. In diesem Zusammenhang gewinnt die Meldung der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ vom 16. September Bedeutung, in der es heißt, daß von Bayern aus neuerdings Fühlungnahme mit Frankreich zur Aufrichtung eines Rhein-Donau-Staates gesucht wurde und daß bereits auch Verhandlungen eingeleitet sind wegen der Verfolgung Bayerns mit englischer Kohle über Triest. Da der ehemalige Kronprinz Rupprecht es abgelehnt habe, König von Frankreichs Gnade zu werden, genau so, wie er es ablehnte, seinen Thron aus der Hand Ludendorffs zu empfangen, hätten dieselben bayerischen Kreise an einen Verwandten der ehemaligen Kaiserin Jita von Oesterreich gedacht. Es soll sich dabei um einen derer von Parma handeln, die sich bereits während des Weltkrieges sehr eifrig in Paris betätigt haben. Diese Dinge werden im Zusammenhang mit Namen genannt, die in Bayern sehr wohl als „ernsthafte Politiker“ bekannt sind.

Da nicht anzunehmen ist, daß dem Herrn v. Knilling als bayerischen Ministerpräsidenten und als hervorragendes Mitglied der Bayerischen Volkspartei das alles unbekannt ist, so ist der zitierte Satz seiner Rede in Luntzenhausen zum mindesten geeignet, lebhaften Zweifel und Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Streit in der Großen Volksoper.

Die gestrige Abendvorstellung in der Großen Volksoper konnte wegen Arbeitseinstellung des Orchesters nicht stattfinden. Diese Arbeitseinstellung hat die Direktion des Unternehmens durch ihr Verhalten selbst verschuldet. Schon seit Monaten hat sie die vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich der Entlohnung dem Orchester gegenüber nie voll erfüllt. Das Orchester hat es im Interesse des Unternehmens selbst nie an weitgehendstem Entgegenkommen fehlen lassen. Nur dadurch konnte der Betrieb der Volksoper überhaupt bis jetzt noch aufrechterhalten werden. Auch der neuesten Finanzmiserie des Instituts gegenüber hat das Orchester ein geradezu beispielloses Verständnis entgegengebracht. Das Orchester hatte sich nämlich bereit erklärt, im Interesse der Sanierung des Instituts auf die ihm vertraglich zustehenden vollen Bezüge nach Gruppe 8 der Reichsbeamtensbesoldung dauernd zu verzichten und sich mit einer weit, weit geringeren Entlohnung zu begnügen. Mit diesem Entgegenkommen kam das Orchester aber bei der Direktion nicht das geringste Verständnis.

Wenn bei dieser Sachlage der Sprecher der Direktion am gestrigen Abend von der Bühne herab dem vollbesetzten Hause mitteilte, daß sich die Direktion dem „Terror“ des Orchesters nicht fügen kann, so ist das eine Verdrückung der Tatsachen, gegen welche im Interesse einer objektiven Aufklärung des Publikums auf das schärfste Einspruch erhoben werden muß. Uebrigens haben auch die übrigen Angestellten der Volksoper den von der Direktion entworfenen neuesten Sanierungsplan abgelehnt, so daß es vergebliches Bemühen sein dürfte, das Orchester als den Sündenbock hinzustellen. Solchen sogenannten „Ausflüchten“ gegenüber kann das Orchester dem Publikum auf Grund gemachter Erfahrungen nur zurufen: „Größte Vorsicht geboten!“ Im übrigen dürfte die Krise an der Volksoper aller Wahrscheinlichkeit nach noch weitere Kreise ziehen.

Verlagte Generalversammlung der Metallarbeiter.

In den Generalversammlungen der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist es nachgerade üblich geworden, vor Eintritt in die Tagesordnung stundenlange Geschäftsordnungsdebatten herbeizuführen. Tagesordnungsdebatten und willkürliche Auslegung des Ortsstatuts geben den linksstehenden Delegierten stets Gelegenheiten, Zeit und Barmut der Generalversammlung übermäßig in Anspruch zu nehmen.

Nach dem von Tirpitz gegebenen Kasernenbericht brachten die Kommunisten allerhand Anfragen über die Rechtmäßigkeit mehrerer Delegiertenmandate vor, wobei der Ortsverwaltung mehrfache Korrekturen bei der Bestätigung der Delegierten zugunsten der nichtkommunistischen Richtungen vorgeworfen wurde. Die Ortsverwaltung stellte demgegenüber raffinierte Schiedungen gerade der oppositionellen Verbandsmitglieder bei den Delegiertenwahlen fest. Es wurde daher ein Vertagungsantrag angenommen und der Ortsverwaltung aufgegeben, das gesamte Wahlmaterial dem Hauptvorstand zur Prüfung zu übergeben.

Vermittlungsdaktion im Bankgewerbe.

Die Vermittlungsdaktion, die der Reichsarbeitsminister am Sonnabend eingeleitet hat, um den Konflikt im Bankgewerbe zu beseitigen, geht heute weiter. Die Bankangestellten haben bekanntlich Entlohnung in Festform auf der Basis der um zwei Drittel gekürzten Friedensgehälter verlangt. Die Bankleitungen haben dies prinzipiell abgelehnt. Der Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers schließt sich im allgemeinen dem Standpunkt der Bankangestellten an, vermeidet aber das Wort: „Goldlohn oder Festform“ und sieht dafür einen in Papiermark ausgedrückten Grundlohn plus dem jeweiligen Index vor. Der Reichsoberband der Bankleitungen hat für heute keinen Vorstoß zur Stellungnahme einbringen. Es ist möglich, daß noch heute die Entscheidung im Bankbeamtenkonflikt fallen wird.

In den Kreisen der Bankangestelltenschaft rechnet man im Falle eines unbefriedigenden Ergebnisses unter allen Umständen mit einem Streik, wofür alle Vorbereitungen, zunächst zu Urabstimmungen, im ganzen Reich getroffen sind.

Tarifverhandlungen im Einzelhandel.

Dem Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: „Die Tarifverhandlungen für die Angestellten der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte haben zu folgendem Resultat geführt: Für die dritte Woche September gelangen zur Auszahlung: Ein 11faches Zulagegehalt + 30 Proz. Aufwertungszuschlag + 173,7 Proz. Indersterigerung (vom 13. 9.). Die so errechnete Summe wird erhöht um die prozentuale Indersterigerung, die am Donnerstag, den 20. September, veröffentlicht wird. Gefügt werden 10 Proz. auf alle im September bisher erfolgten Zahlungen für die gesetzlichen Abzüge (Steuer usw.). Die zu Anfang des Monats über das Zulagegehalt hinaus gezahlten drei Zulagehälften werden nicht abgerechnet. Es würde also der Angestellte der Gruppe 1, höchste Stufe, männlich,

zu erhalten haben: 11 Zulagehälften = 49,5 Millionen Mark
30 Proz. Aufwertungszuschlag = 14,85 „
+ Indersterigerung 173 Proz. = 111,77 „

Zusammen 176,12 Millionen Mark

Auf diese Summe kommt dann der prozentuale Indexzuschlag, der am 20. September veröffentlicht wird. Auszuschlagen sind die Beträge am Freitag, den 21. September. Nach dem 22. September wird erneut über die Regelung der 4. Septemberwoche verhandelt. (Abzüge der Gehaltsstellen sind ab Donnerstag im Verbandsbureau zu haben.)

Wöchentliche Gehaltszahlung an Beamte?

Die SS.-Korrespondenz weiß von einem drohenden Konflikt zwischen Regierung und Beamtenschaft zu berichten, der deshalb entsteht, weil den Beamten eine wöchentliche anstatt der monatlichen Gehaltszahlung angefündigt worden sei.

Zu dieser Meldung schreibt der sozialdemokratische Parlamentsdienst: Die Nachricht, daß zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Reichsbeamten ein erster Konflikt über die Frage der künftigen Gehaltszahlungen ausgebrochen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich lediglich um einen Vorgang, der bei dem am Sonnabend, den 15. September stattgefundenen Verhandlungen zu verzeichnen war: Das Reichsfinanzministerium machte den Vorschlag, die Anpassung der Beamtensbesoldung an die Hauswirtschaftskosten künftig wöchentlich stattfinden zu lassen. Diese Zahlungsweise glaubte der Richterausschuß, der als Verhandlungskommission der Spitzenorganisationen tätig ist, ohne Zustimmung der Spitzenorganisationen vorläufig nicht akzeptieren zu können. Deshalb werden sich zunächst die Spitzenorganisationen mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß sie genügend Verständnis für die Not des Reiches haben und der Absicht des Reichsfinanzministers, die aus Interesse an unserem Volke diktiert wurde, anschließen.

Gegen Massenausbildung von Kraftwagenführern.

Die Reichsregierung hat an das Reichswirtschafts-, das Reichsverkehrs- und das Reichsfinanzministerium folgende Eingabe gerichtet: „Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 8. September zu den heftigen dringenden Wirtschaftstagen unter anderem Vorschläge zu einer Umgruppierung der Arbeitslosen gemacht.“

Die wirtschaftliche Depression, sowie die Abgabe der Kraftfahrzeugführer für Rhein-Ruhr hat auch im Kraftfahrerberuf eine große Anzahl neuer Erwerbssucher (in Berlin zirka 1000) geschaffen. Die unterzeichnete Berufsorganisation hält es aus diesen Gründen auch im Interesse der deutschen Volkswirtschaft für dringend nötig, die Reichsregierung auf folgendes hinzuweisen:

In fast allen Städten und Landbezirken Deutschlands wird teils in konfessionierten, teils in wilden Ausbildungsunternehmen eine große Anzahl von Kraftfahrern dauernd ausgebildet, trotzdem angesichts der vielen erwerbslosen Kraftfahrer ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt. Durch die Verordnung über die Ausbildung von Kraftfahrzeugführern vom 1. März 1921 (Reichsgesetzblatt Nr. 26) wird ausdrücklich bestimmt, daß bei jeder Zulassung einer Fahrschule die Bedürfnisfrage zu prüfen ist. Außerdem gibt diese Verordnung im § 5 den höheren Verwaltungsbehörden das Recht, Konfessionen wieder zu entziehen, wenn die Voraussetzungen, die zur Erteilung der Erlaubnis geführt haben, nicht mehr gegeben sind. Bis jetzt ist dies noch in keinem einzigen Falle geschehen.

Durch die Massenausbildung von neuen Führern treten für die Gesamtwirtschaft folgende ungünstige Wirkungen ein:

1. Ungeheure Mengen von unerfahrenen ausländischen Rohmaterial wie Benzin, Gummi, Metalle usw. werden durch die Auszubildenden unproduktiv vergebend.

2. Ein hoher Prozentsatz Arbeitsloser aus anderen Berufen stellt seine letzten Spargroschen diesen Schulen zur Verfügung, um einen Führerschein zu erlangen mit dem Erfolge, daß sie nach der Prüfung von ihren letzten Mitteln entblößt, der Not und dem Elend erst recht überliefert sind, da für einen Anfänger im Automobilverkehr zuerst keinerlei Aussicht auf Anstellung besteht.

3. Um die ungeheuren Kosten der Ausbildungsausgaben zu regulieren, erhöht in der Regel nicht die vorgeschriebene Zurücklegung von 150 Kilometer Fahrstrecke, so daß der Schüler in keinem Falle den gewaltig gewachsenen Gefahren des Straßenverkehrs genügend ausgebildet gegenübersteht und deshalb, wenn er im Straßenfall eine Stellung bekommen sollte, stets eine Gefahr für die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs bedeutet. Die immer mehr zunehmenden Unglücksfälle liefern dafür den trügerischen Beweis.

Aus den vorstehenden Gründen richtet die unterzeichnete Organisation an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, durch entsprechende Maßnahmen, evtl. durch eine Verordnung der vorerwähnten Verordnung, die Ausbildung von neuen Führern nur in Ausnahmefällen und nur unter Zustimmung der im § 6 der benannten Ausschüsse zu gestatten. Auch die große Devisensparnis, die durch Verminderung des Verbrauchs von Betriebsstoff erzielt werden könnte, erfordert im Hinblick auf die Wirtschaftsnote des Reiches ein schnelles Handeln der Reichsregierung.

Gewahrgelte Angestellte der Metallindustrie!

Die Auszahlung der ersten Unterstufungsrate von der eingeleiteten Sammlung an alle aus Anlaß des Angestellten- und Generalstreiks gemahrgelten (fristlos entlassenen) Angestellten, welche sich gemäß unserer Aufforderung beim JbA gemeldet haben, erfolgt heute zwischen 12 und 5 Uhr in den Räumen der Unterstufungsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10. JbA-Metallkartell. J. A. Kaiser.

Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer!

Hierdurch diene zur Kenntnis, daß mit Rücksicht auf die ungeheure wirtschaftliche Notlage am Freitag, den 21. September, nicht, wie ursprünglich vereinbart, ein Voranschuss von 75 Millionen, sondern ein solcher in Höhe von 120 Millionen Mark zur Auszahlung gelangt. Kurzarbeiter erhalten einen entsprechend geringeren Voranschuss. Die Stundenlöhne werden im Laufe der Woche festgesetzt und am gleichen Tage durch die Tagespresse bekanntgegeben. Die Vorstände der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände.

Löhne in der Wagenbau- und Karosserie-Branche.

In der Woche vom 12. bis 18. September beträgt der

	Grundlohn M.	Zerlegungszuschlag M.	Gesamtlohn M.
Gruppe 1	5 000 000	1 000 000	6 000 000
Gruppe 2	4 800 000	960 000	5 760 000
Hilfsarbeiter von 18—20 Jahren . . .	8 640 000	900 000	4 540 000
20—22 „	4 180 000	900 000	5 080 000
über 22 „	4 500 000	900 000	5 400 000
Hilfsarbeiterinnen von 18—20 Jahren . . .	2 780 000	675 000	3 405 000
20—22 „	8 100 000	675 000	4 775 000
über 22 „	8 375 000	675 000	4 050 000
Jugendl. Arbeiter von 14—15 Jahren . . .	1 088 000	282 000	1 350 000
15—16 „	1 143 000	282 000	1 405 000
16—17 „	1 288 000	282 000	1 545 000
17—18 „	1 498 000	282 000	1 780 000

Die bis zum 11. September bestehenden Abschläge erhöhen sich ab 12. September um 170 Proz. Heute wird den Arbeitern über 20 Jahre eine Vorauszahlung von 150 Millionen, den Arbeitern von 18—20 Jahren sowie den Arbeiterinnen eine solche von 125 Millionen geleistet.

Kartell der Arbeitnehmerorganisation der Wagenbau- und Karosserie-Fabriken Berlins.

Deutscher Baugetriebebund, Fachgruppe der Töpfer.

In letzter Zeit machen sich Bestrebungen unter den Berliner Ofenlegern bemerkbar, die darauf hinauslaufen, die jetzige geschlossene Organisation zu reorganisieren. Zwei öffentliche Versammlungen haben sich bereits damit beschäftigt. Die Fachgruppenleitung fordert alle Mitglieder auf, die Versammlung der Fachgruppe der Töpfer am kommenden Freitag zu besuchen. (S. Verbandskalender.) In der Versammlung wird gleichzeitig über die Lohnverhandlungen vom Mittwoch berichtet. Die Fachgruppenleitung.

Lohnämter in Großbritannien.

In gewissen Gewerbebezügen werden in Großbritannien die Löhne durch Lohnämter geregelt, deren Errichtung ein Gesetz von 1918 vorsieht. Voraussetzung ist, daß in dem betreffenden Gewerbe keine andere zureichende Einrichtung zur Lohnregelung besteht. Jedes Lohnamt besteht aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer, wozu noch einige unabhängige Personen kommen. Alle Mitglieder des Lohnamts werden vom Arbeitsminister bestellt. Ueblicherweise läßt der Minister vorher die beiderseitigen Berufsorganisationen ein, eine bestimmte Zahl von Lohnamtsmitgliedern namhaft zu machen, die auch in der Regel berufen werden. Ueber die Berufung der unabhängigen Mitglieder entscheidet der Minister allein. Das Gesetz bestimmt, daß in Gewerben mit umfangreicher Frauennarbeit mindestens eine in dem betreffenden Gewerbe beschäftigte Frau in das Lohnamt zu berufen ist. Die Hauptaufgabe des Lohnamts ist, den gefestigten Mindestlohn zu bestimmen. Es werden gewöhnlich Vorschläge und Gegenvorschläge gemacht, bis eine Einigung erzielt ist. Die festgestellten Sätze unterliegen der Genehmigung des Ministers, die nur selten verlagert wird. Nach erfolgter Genehmigung und entsprechender Bekanntmachung sind diese Sätze für das ganze Gewerbe bindend und kein Betriebsinhaber darf mindere Löhne zahlen.

Einzelheiten über die Durchführung und die Wirkungen des Lohnamtsgesetzes bringt ein Aufsatz in der „International Labour Review“ für August 1923. Es wird dort berichtet, daß in Großbritannien und Irland 63 Lohnämter errichtet wurden, deren Bereich über drei Millionen Arbeiter umfaßt. Außer auf die Lohnfestsetzung üben die Lohnämter auch auf die Arbeitszeit und sonstige Arbeitsverhältnisse Einfluß aus. Eine Novelle zu dem Gesetz liegt dem britischen Parlament vor. Der erwähnte Aufsatz wird demnächst auch in der deutschen Zeitschrift des Internationalen Arbeitsamts erscheinen, der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, die durch alle Buchhandlungen zu beziehen ist.

In der Holzindustrie sowie in der Rahmen- und Goldleistenindustrie sind die Löhne der vorhergehenden Lohnwoche durch Schiedsprüche erhöht worden, und zwar für die Woche vom 9. bis 15. September um 180 Proz. und für die Woche vom 16. bis 22. September um 100 Proz. Damit würden die tariflichen Durchschnittslöhne für erwachsene Facharbeiter betragen: in der Holzindustrie für die 1. Woche 2 848 000 M., für die jetzt laufende Woche 5 696 000 M., für die Rahmen- und Goldleistenindustrie 1. Woche 2 916 680, 2. Woche 5 832 960 M. Sollten die Arbeitgeber die Schiedsprüche ablehnen, so wird mit größter Befürchtung die Verbindlichkeitsklärung in die Wege geleitet werden.

Die Buchhandlungsangestellten erhalten am 18. September ein weiteres Augustgehaltkonto.

Den Angestellten des Groß-Berliner Zeitungsgewerbes werden als dritte Monatszahlung 4/5 Augustgehälter spätestens am 19. September ausgezahlt.

Deutscher Baugetriebebund, Fachgruppe der Töpfer, Freitag, 12. September, 6 Uhr, Mitgliederversammlung, Rosenhofer Hof, Rosenhofer Str. 11.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Ernst Czerwinski; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: R. B. Höpfer; Betrieben und Gewerkschaften: Fritz Kersch; Kunst: H. Gieseler; Familien in Berlin: H. Gieseler; Buchverlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Buchverlag G. m. b. H., Berlin; Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, 1. Stock, 1. Stock.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Web dem, der lügt

Lesing-Theater
Heute bis Do 7 1/2
Wie es sich gefügt
Freit. 7 U. z. 1 Male
Der Unbesiegbliche

Deut. Klostler-Th.
Allabendl. 7 1/2
Fürst v. Pappenheim

Rose-Theater
Wiedereröffnung 20.9.
7 1/2 Uhr:
Ein Mann aus d. Volke

Casino-Theater
8 U. Die 8 U.
neuen Reichen

Theater d. d. Königsgrüner Str.
7 30 Uhr:
Aus dem Leben der Insekten

Komödienhaus
8 Uhr:
Mein Vetter Edward

Metropol-Varieté
Behrenstr. 34
10 Schläger

Rennen zu Grunewald
Dienstag, den 18. Septbr.
nachm. 2 Uhr

Drunter und drüber
Deutsch-Opernhaus
7 1/2 Uhr: **Tosca**
Kammersäng. Vera Schwarz a. G., Rud. Laubenthal a. G.
Musik. Leitung: Generalmusikdir. Leo Riech

Große Volksoper
im Theat. d. Westens
7 1/2 U.: Julius Caesar

Intimes Theater 5:
Letzt. Aufführungen
Diplomati, Dienstadt, Freitags Premiere

Metropol-Theater
7 Uhr: Casinogirls
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr: Von 2-7

Thalia-Theater
7 1/2 U. zum 1. Male:
Mimikry

Theater d. d. Königsgrüner Str.
7 30 Uhr:
Aus dem Leben der Insekten

Waller-Theater
8: Die tolle Lola

Lustspielhaus
Sitz: Die Gruppe
7 1/2, Kaufm. v. Venediz

Waltha Theater
Weinbergsweg 19/20
Tägl. 8 Uhr:
Die spanisch. Fliege

Reichshalle Th.
Tägl. 7 1/2 U.
u. Sonntag 3 U.
Stettiner Säng.

Wingarten
Mont. 17.3. - Gr. Jubiläumskonz.
1898-1923
15 Jahre in den Reichshallen

Varieté-Programm
Rauchen gestattet!

Th. a. Kottb. Tor
Tägl. 7 1/2 U.
u. Sonntag nachm. 3 Uhr:
ELITE-SÄNGER
u. s. w.
Das schönste Mädchen

Berliner Bockbrauerei
Belle-Alliance-Ecke Fialdinstraße.
Kino-Eröffnung!
Anfang 7 1/2 Uhr
Täglich 2 Vorstellungen

Quittungs-Marken
seit 48 Jahren bewährt
Conrad Müller,
Schleusendamm-Leipzig.

Belohnung 100 Dollar.

Durch Einbruch in Schloss Reichs-Rexis Guben, am 11. September 1923 sind folgende Silbergegenstände gestohlen worden:
1. Silber, geg. L. S. Tabakets, Teelöffel usw. Renn- und Turnierpreise (Becher) Antike Silbergegenstände.

Obige Belohnung erhält, wer zur Wiedererlangung der Gegenstände verhilt, oder die Täter nachweist, sobald gerichtliche Befragung erfolgt.
Angebote werden streng vertraulich behandelt.
Nachrichten an: **C. Lehmann & Ww. & Sohn, Guben, Telephon Nr. 3.**

Marken-Zigaretten
wie Saba, Juno, Salem und and. bekannte v. 190 MILL. an.
Zigaretten - Tabake
zu äußerst günstigen Preisen, jedes Quant. prompt lieferbar.
Hel-Ko, Wiener Str. 8

Ungeheuer billiger als alle Leberwurst mit gelber Würstchen.
Viel. Wie an Kassen in „Hörner“ sind billiger!

Bekanntmachung

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 13. d. Mts. teilen wir hierdurch mit, daß wir uns genötigt sehen, für den Bauernmarkt, der seit der vorangehenden durch unsere Beschlüsse erfolgten Auflösung aufgegeben hat und der durch die Bauernmarkt-Aufnahme vom 19. September d. J. ab festgesetzt wird, den zur Verrechnung gelangenden Gaspreis für unser gasarmes Versorgungsgebiet mit Ausnahme von Grünau von 3 000 000 Mark auf

3 300 000 Mark

zu erhöhen und diese für Gasmesser und Messungsmittelberechnungen, sowie Abgabe an die Gemeinden, zu erhöhen.
Weitere Preisänderungen werden vorbehalten.
Berlin, den 17. September 1923.
Gasbetriebsgesellschaft, Aktiengesellschaft
Der Vorstand: G. Röttig.

Öffentliche Bekanntmachung
betz. Einkommensteuer vom Arbeitslohn.
Die vom 1. September er. ab geltenden Sätze

a) für die Bemessung der Ermäßigungsätze gemäß § 46 Einkommensteuergesetz, b) für die Bemessung der Bemessungsätze für Natural- und sonstige Sachbezüge (vergl. Bekanntmachung vom 23. August er.) werden mit Wirkung vom 16. September 1923 ab verdoppelt.
Der Bewertungsmaßstab für Wohnungen der verheirateten Deutschespänner auf dem Lande bleibt unverändert.
Richtiger Nachdruck ist durch die Finanzämter.
Landesfinanzamt Groß-Berlin
Abteil. für

Am Freitag, den 14. d. M., verschied nach kurzem Krankenlager unser Vorstandskollege

Wilhelm Pfannkuch

im fast vollendeten 82. Lebensjahre.
Frühzeitiger Erkennen des Sozialismus, stand er als Kämpfer in der Arbeiterbewegung seit seinen Jünglingsjahren. Bald 30 Jahre lang wirkte er für die Partei als Sekretär im Parteivorstand.
Seine treue Pflichterfüllung und seine herzliche Kollegialität sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

Der Parteivorstand der VSPD.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt. Teilnahme nur mit Karten, die vom Bezirkssekretariat herausgegeben werden.

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

Sternzwirne • Nähgarne • Twist
Hochwertige, Sammelband, Nämme, Gen. d. große Quant. weit unter Tagespreis. Meist Häuser, Beuthstr. 18. Zentrum 1202

Bettstellen
Hochwertige, Polster, Leder, Federbetten. Wie auch im Einzelnen zu beziehen. Preis 2. Bett, Katalog 104 bei Eisenmöbelfabrik Suhl (Thüringen)

Beschwerden

Das unzufriedene Berlin

Vorschläge

Die Befoldung der Beamten.

Auf die im „Unzufriedenen Berlin“ vom 12. September veröffentlichte Zuschrift eines Beamten der Befoldungsgruppe X sind uns eine Reihe Erwidierungen zugegangen, von denen wir auszugeweiht nachstehend die folgenden veröffentlichen. D. Red.

Ich möchte entgegen, daß es noch eine große Anzahl Beamte gibt, die nicht in solcher glücklichen Lage sind, ein solches Einkommen aufweisen zu können. Ich bin bei der Eisenbahn als Betriebsassistent beschäftigt, verheiratet, 2 Kinder, Anfangsgehalt Gruppe IV. Am 1. September 1923 habe ich erhalten: 437 000 + 90 000 + 170 000 mit 15 642 Proz. = 1 172 217 740 M., sowie eine weitere Nachzahlung für die erste Hälfte September mit 14 617 Proz. = 108 130 490 M., zusammen 2 255 352 320 M. Davon habe ich 14 015 000 Steuern bezahlt. Der Herr Einsender hat demnach das Doppelte meiner Bezüge erhalten. Nun kann sich jeder selbst ausrechnen, was für „Einschränkungen“ sich die untere Beamtenklasse auferlegen muß. Oder erhält die Frau des unteren Beamten Kartoffeln, Fleisch, Gas usw. billiger geliefert? Jede Gehaltserhöhung wirkt sich nach oben immer mehr hinaus. Bei dem Einsender kann also von einer wirklichen Kostlage nicht gesprochen werden, eher ist es noch bei meinen tausenden Kollegen der Befoldungsgruppen III und IV der Fall. S. B.

Ich bin verheiratet, habe 4 Kinder, beziehe jedoch weder Frauen- noch Kinderzulage, sondern bekomme den tarifmäßigen Spitzenlohn der Kartonnagenbranche, da ich die Vertretung eines bekannten Papierverarbeitungswerkes inne habe. Derselbe betrug also für den Monat August 125 Millionen, wovon ich den größten Teil (75 Proz.) erst in der ersten Septemberwoche erhielt. Davon gingen ab: für Krankenkasse 1 000 000 M., Steuer 3 000 000 M., Gas 3 500 000 M. (wir haben wöchentlich rund ca. 40 Kubikmeter verbraucht), Miete 1 750 000 M. (3-Zimmer-Wohnung für sieben Personen), Fahrkarte 4 500 000 M. Kohlen konnten wir uns nicht kaufen, da sonst für die Wirtschaft nicht mehr viel übrig bleibt. Nun stellen wir mal gegenüber:

Der Beamte: 100 Kubikmeter (4 Personen)	ich: 40 Kubikmeter (7 Personen)
4 1/2 Millionen Miete (also mindestens 5-6 Zimmer)	1 1/2 Millionen Miete (3 Zimmer)
4 1/2 Mill. Fahrkarte (3. Klasse)	4 1/2 Mill. Fahrk. (3. Kl.)
15 000 000 Kohlen	keine
17 000 000 Steuer	8 000 000 Steuer (was daher kommt, daß er 70 Proz. erst im September erhalten)

Herr B. irrt auch, wenn er meint, es wird gegen die hohe Befoldung Sturm gelaufen. Während früher die Beamten in der „guten alten Zeit“ keinerlei Gewerkschaftsangehörigkeit ausübten, auch zufrieden waren, daß sie fest und unklünder angestellt waren, möchten sie heute möglichst von allem das Beste haben und auch noch möglichst das Friedenseinkommen beziehen. Ich habe im Frieden für die Tätigkeit, die ich heute ausübe, mindestens monatlich 400 bis 500 Mark verdient. Um wieviel ist denn nun heute mein Einkommen weniger? Ich glaube, es macht nur den 20. Teil aus. S. G.

Also für Monat August hat der Herr 254,8 Millionen erhalten, und kommt damit nicht aus, aber doch sehr schlecht? Was hatte im August für Einkommen? Einige Posten in der Aufstellung sind ja beinahe rüffelhaft! So z. B. Gas — 100 Kubikmeter — im Monat! Was hat denn alles gebrannt und was ist denn alles gekocht worden? Überdies dann noch 5 Zentner Kohlen? — ja, zum Donnerwetter, werden jetzt schon im Sommer die Stuben geheizt? Fragen Sie bitte einen Arbeitslosen, wieviel Gas und Kohlen er in einem Monat verbrauchen darf. Ich glaube bestimmt, das Einkommen eines Arbeitslosen betrug im Monat August nicht mehr, als der Beamte für Gas, Kohlen und Fahrgehalt ausgab! — und muß davon sich selbst und seine Familie ernähren — wohlgeehrt — ernähren. Wir als organisierte Arbeiter laufen auch nicht Sturm gegen die Befoldung der unteren Beamten, die produktiv tätig sind, wir laufen aber Sturm gegen die hohen und einen Teil der mittleren Beamten, die das Geld von der Republik nehmen, aber deren Taten ein schmerzlicher und fortwährender Widerstand gegen die Republik sind.

Kilian.

Roman von Jakob Bührer.

Siebentes Kapitel.

New York, den

Liebe Mutter Juliette!

Geht es Ihnen etwas besser in Ihrem kleinen lieben Genser Stübchen? Werden Sie mir ja ganz gesund! Ich befehle es Ihnen, und spätestens in zwei Monaten renne ich bei Ihnen die Treppe hinauf — renne trotz meinem stattlichen Mannesalter — und seh scharf nach, wie Sie meinen Befehl befolgt haben. In Wahrheit, tragen Sie ja Sorge zu sich. Ich habe niemand als Sie, meine liebe Mutter Juliette, und darum sollen Sie mich auch nicht ärgern und beschämen mit Ihrem langweiligen Dank für das Geringe, was ich für Sie tun kann. Es kommt wahrhaftig spät genug. Und dabei verdanke ich Ihnen so unendlich viel. Denn, ich will es gerne eingestehen, ohne Sie, ohne die Weite Ihrer Weltanschauung wäre mir nie der Sinn aufgegangen für das Letzte und Größte, dem ich jetzt endlich auf die Spur zu kommen scheine. Berennen sich nicht die meisten Menschen — und ich spreche nur von denen, die einen Willen über sich hinaus zu kommen haben, — verrennen sie sich nicht in religiöser Engstirnigkeit, oder, wenn es hochkommt, in Idealen der Parteipolitik? Wie lange bin ich in die Irre gegangen! Ein feiger Flüchtling in der Rue Marconier, und dann ebensolange hier in diesem Amerika!

Aber ich soll Ihnen ja fein säuberlich erzählen. Das will ich auch, so gut ich kann. Und zwar meinestwegen. Daß ich Ihnen beichten konnte, war schon einmal meine Rettung. Es ist auch ein großer Fehler der Menschheit, daß sie bei ihren großen Frühjahrsreimungen, genannt Revolutionen, alte Möbel in die Gerümpelkammer stellt. Warum hat die Reformation die Beichtiger abgeschafft, statt daß sie sie frisch auflockerte? — Inwiefern geht nämlich ohne Beichttoater mit der Zeit moralisch drauf. Die Psychoanalytiker tun's leider nicht. Will sagen: erziehen die Beichttoater nicht . . . um durch meinen schlechten Stil nicht einen eben solchen Witz zu machen.

Daß es die „Seelenmassage“ nicht tut, dafür kann ich Ihnen den Beweis erbringen. Als ich aus der Rue Marconier entfloh, war es mit meiner Kraft nicht so weit her, wie meine vielleicht etwas prächtiger Schilderung glauben machen konnte. Vielmehr hat mich diese jahrelange Prüflerei

Die Erbitterung der Arbeitslosen sollten Sie miterlebt haben, als der Artikel besprochen wurde über den Beamten der Stufe X mit 254,8 Millionen Einkommen. Ich selbst bin arbeitslos, angeblich aus Mangel an Aufträgen. Bei 15,4 Millionen Erwerbslosenunterstützung kostete Margarine das Pfund 5 Millionen, bei 18 Millionen Unterstützung kostete die Margarine das Pfund 9 Millionen, nach Abzug von 1 Pfund Margarine für 3 Personen bleiben noch 9 Millionen Mark. Nun versuche man sich, einmal in die Lage eines Arbeitslosen hineinzuerleben, der doch ein Recht auf Arbeit hat, wenn er liest, wie „schlecht“ sich ein armer Beamter der Stufe X bezahlt wird. Um so mehr freute ich mich über einen Artikel im „Vorwärts“ vor einigen Tagen, als für die Erwerbslosen 60 Proz. der Löhne der Reichsarbeiter von der WSD und den Gewerkschaften gefordert wurden. Es ist aber keine Zeit mehr zu verlieren, die Erbitterung wächst von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag, wenn es so weitergeht, schlagen die Wellen der Empörung über unseren Köpfen zusammen, und — es kommt zur Katastrophe.

Ein Arbeitsloser W. R.

Ich bin langjährige Abonnentin des „Vorwärts“ und möchte auch einige Zeilen zur Erwiderung senden. Vielleicht kauft der Herr Beamte nur einen Monat mit meinem Mann. Wir haben zwei Kinder, 1 1/2 und 3 1/2 Jahr. Mein Mann ist 16 Jahre Leiter einer Expedition in einem großen Sozialgeschäft in der Leipziger Straße und verdient im Monat August d. J. 90 Millionen n. n. Davon geben alle Bezüge, Steuern, Verbandsbeiträge, Invaliden-, Krankentassenversicherungen ab. Und was bleibt da zum täglichen Lebensbedarf übrig? Außerdem hat mein Mann heute, am 13. September, den Rest vom August noch nicht erhalten. 1 1/2 Liter Milch kaufe ich noch täglich, um den Kleinen die wichtigste Ernährung nicht zu entziehen. Auch unsere Männer haben vier Jahre gelernt und eine gute Schulbildung bekommen. Der Herr Beamte zieht 100 Kubikmeter Gas pro Monat von dem Gehalt ab, dafür nur allein muß ich 14 Tage leben. Andere Bedürfnisse haben wir erst gar nicht, Garderobe, Wäsche und Erzeugnisse sind seit Jahren, also seit 1916 nicht gemacht worden. Aus alter Garderobe, welche ich von meinen Geschwistern und Kolleginnen meines Mannes erhalte, wird für die Kinder etwas fertig gemacht. Kohlen habe ich nicht kaufen dürfen. Also tröste Euch, Ihr Herren, es geht vielen noch schlechter. Frau E. R.

Die Rentenzahlung der Kriegsbeschädigten.

In der Morgenausgabe Nr. 427 vom 13. September berichtet der „Vorwärts“, daß den Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen infolge Erhöhung der Teuerungszulagen für die erste Hälfte des Septembers eine Nachzahlung auf ihre Renten für September gewährt wird. Die Zahlung soll aber auf Anweisung des Versorgungsamtes wieder im Postfach etwa erst in der Zeit von Mitte bis Ende dieses Monats erfolgen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist daher zu erwarten, daß die Mehrzahl der Kriegsopter erst wieder in den Besitz des Geldes kommt, wenn die Entwertung noch weiter fortgeschritten und eine abermalige Nachzahlung fällig ist. Die Beamten und Angestellten erhalten in solchen Fällen stets eine sofortige Nachzahlung, wodurch deren Bezüge wenigstens einigermaßen den Teuerungserhältnissen angepaßt werden. Die Kriegsbeschädigten dagegen müssen erst solange warten, bis ihnen durch die verspätete Nachzahlung sehr erheblicher Schaden erwächst, obwohl sie bereits seit dem 1. 9. einen Rechtsanspruch auf die erhöhten Gehaltsansprüche haben. Würden wohl die Beamten und Angestellten der Versorgungsämter damit einverstanden sein, wenn ihnen die jetzt schon zustehende Gehaltserhöhung erst am Ende des Monats ausbezahlt würde? Mit den Kriegsbeschädigten aber erlaubt man keine Rücksicht nehmen zu brauchen. Die Kriegsinvaliden sind leider nur auf die Initiative des Befehlgebers angewiesen und können nicht durch einen Streik die sofortige Zahlung erzwingen. Um so mehr sollte man den berechtigten Wünschen der Kriegsopter Rechnung tragen und auch sie durch sofortige Zahlung der erhöhten Gehaltsansprüche durch das zuständige Postamt einlagern zufriedenstellen. S. R.

Ein leeres Haus.

In Niederschöneweide ist auf dem Bahngelände hart an der Grünauer Straße, dicht hinter dem Bahnhof, von

der Eisenbahndirektion ein Mietwohnhaus errichtet worden. Das einstöckige langgestreckte Haus ist seit Monaten fertig, aber erst seit kurzem von zwei Familien bezogen. Zu Hunderten kommen Wohnungslose vorüber und bauen Luftschlöser, wie schön es doch sein müßte, hier wohnen zu können. Wie es heißt, ist das Gebäude für Flüchtlinge mit Befehl belegt. Solche sollen augenblicklich in Groß-Berlin nicht wohnungslos sein. Einwohnern schreiben sich aber die zuständigen Behörden die Finger wund, wer das Wohngebäude belegen darf. Bis der Streit entschieden ist, vielleicht auch noch länger, bleibt das Haus leer stehen. Hurra, wir haben nur noch Wohnungslose, aber keine Wohnungsnot!

Das Selbstverwaltungsrecht im 15. Bezirk.

Das Bezirksamt 15 wählte vier Vorschullehrer zu Beherren an der Hauptanstalt. Nach der Entscheidung des Ministeriums sollen von diesen vier Herren nur zwei übernommen werden, die zwei jüngeren Lehrer von 45 Jahren dagegen im Volksschuldienst Verwendung finden. Zugunsten von zwei jungen Studienassessoren werden zwei ältere, bewährte Lehrer geschädigt, zwei Junglehrer verlieren ihre Stellen, und das Bezirksamt hat bei der sonst so dringend gebotenen Sparsamkeit erhöhte Ausgaben. So wird das Selbstverwaltungsrecht des 15. Bezirks geachtet. A. R.

Das Preischaos.

Aus Treptow schreibt eine Hausfrau: In einem Milchgeschäft in der Graechstraße kaufte ich am Sonnabend ein Paket Schwan-Seifenpulver für 850 000 M. Eine Nachbarin bot mich, ihr drei Pakete zu besorgen. Als ich diese am Sonntag früh holen wollte, wurden mir für jedes Paket 4 Millionen abverlangt. Es soll keine etwa neu hereingekommene Ware gewesen sein. Und gegen solchen Wucher ist man völlig machtlos?

Uns kann keiner . . .

Wenn ein Unternehmer auf die Erhaltung seines Selbst und seines Betriebes bedacht ist, so wird das wohl weiter nicht verwunderlich erscheinen. Wenn ein Unternehmer darum glaubt, die Löhne seiner Angestellten auf ein Existenzminimum beschränken zu müssen, so wird das zur Not akzeptiert werden können. Niemals darf aber das Unternehmerinteresse so weit gehen, daß in bezug auf die Arbeitsbezahlung den Angestellten nicht einmal dieses Minimum zur Lebenshaltung gewährt wird. Denn von einem Menschen, der hungert, kann man erfahrungsgemäß keine produktive Leistung verlangen.

Daß, wenn die Preise steigen, auch die Löhne entsprechend steigen müssen, erscheint einem jeden eine Selbstverständlichkeit. Die Herren Unternehmer dachten anders und beharrten fest auf ihrem Standpunkt. Bekanntlich gaben sie ihn erst unter dem Druck der Metallarbeiter und der öffentlichen Meinung auf. Damit nachher Herr Hefflerich im Reichstag erklären konnte, die Deutschnationalen und ihre Freunde wären schon immer für volorifizierte Löhne eingetreten! Seit jener Zeit haben wir theoretisch Löhne, die den Preisen entsprechen. Wie gesagt, theoretisch. Von der Theorie zur Praxis ist ein sehr weiter Weg, ein Nachgeben in der Theorie bedeutet noch lange kein Nachgeben in der Praxis. Wenn das eine verlangt, klappi das andere, man weiß sich zu helfen. Die Preise steigen, gut! Da ihr für diese Woche nur soviel erhalten habt, habt ihr ein Anrecht auf eine Nachzahlung. Gehalteter Lohn + Nachzahlung ergibt das Existenzminimum. Wartet ihr was? Liegt da nicht System drin, ist das nicht Logik, überzeugende Logik? Und man rechnet und rechnet, holt Indez herbei und Teuerungstatistiken und Barrenpreise und rechnet wieder, bis die Woche, für die nachgezahlt ist, vorbei, bis der benutzte Index überholt ist, und zahlt stolz nach: eine Nachzahlung auf das gezahlte Gehalt.

Das ist Tagesgespräch: „Hast du dein Gehalt erhalten?“ „Nein, nur eine Nachzahlung.“ oder „nur einen Vorschuß auf die Nachzahlung.“

Der Dollar springt, die Preise steigen, die Angestellten und Arbeiter hungern und stöhnen — und die Unternehmer zahlen unentwegt Nachzahlungen und Vorschüsse auf die Nachzahlungen.

Wenn sie es doch einmal mit Vorschüssen auf die Teuerung versuchen wollten! Sie könnten ja auch dann noch, um ihr System behaupten zu können, nachzahlen, wenn sie sich in bezug auf die Teuerung veralteten sollten. —

ein Uebermaß von Gesundheit und Energie gekostet, und nun verschlang der beschlossene Widerstand gegen den Alkohol mehr guten Willen als ich gedacht. Zudem begann nun der Scheidungsprozess, und die gegenseitigen boshaften Verdächtigungen, die Gemeinheit und Koeheit, die von beiden Parteien und ihren Fürsprechern und nicht zuletzt auch von den Richtern betätigt wurden, kosteten mich einen letzten Rest von Kraft, und schließlich setzte mich die Trennung von meinem Kinde sehr scharf zu, hatte ich doch nie erwartet, daß damit auch unbedingt eine Vergiftung meiner Beziehungen zu dem Knaben verbunden sein müßte.

Zu all dem kam, daß ich nicht wußte, was ich mit mir anfangen sollte. In der Rue Marconier war ich mir nur darüber klar geworden, daß diese Kleinbürgererei kein Leben sei, daß man ein solches Leben weder vor sich noch vor der Ewigkeit verantworten könne. Welches aber das rechte Leben wäre, wie und wo ich meine Arbeitskraft einsetzen, wofür ich schaffen sollte, zu welchem Ziel, darauf wußte ich wieder keine Antwort, obgleich ich in Lausanne das ganz bestimmte Empfinden gehabt hatte: es gibt einen Weg, du wirst ihn schon finden. Schließlich tat ich das dümmste, was ich tun konnte: ich verflochtete mich mit einem Charles Meunier aus Sonceboz. Zu zweit talen wir mit einer lächerlich geringen Summe ein Export- und Importgeschäft auf. Wir handelten mit Panamarinde, Schuhnägel, Autoreifen, Munition, Tierhäuten, Schmierseife, Kaffee und was kam. Jede Ware, jede Menge, wenn wir nur etwas daran verdienten. Und wir verdienten schön.

Die Tatsache, daß ich ein gewöhnlicher Schieber war, trug nichts zur Besserung meines Seelenzustandes bei, und als ich abendrein noch ein Verhältnis mit der Frau meines Associates anging, geriet ich in solche innere Räte, daß ich mir nicht mehr zu helfen wußte und zu einem Psychiater lief. Der brachte mich moralisch so auf den Hund, überzeugte mich so restlos von meiner Erbärmlichkeit und Schurkenhaftigkeit, an der ich übrigens nicht gezweifelt hatte, daß ich nun ernstlich anzunehmen begann, die Sache sei wirklich von Belang, worauf mir schließlich nichts anderes übrig blieb, als einen Strich zu ziehen und eine Einrichtung zu treffen, mit der man sich eines schönen Tages bequem an der Türschwelle aufhängen konnte.

Als ich soweit war, traf mich die Meldung, unser schönes Export- und Importgeschäft stehe vor dem Bankrott. Da erwachte ich aus dem Halbschlaf, der mich seit Wochen umfangen und arbeitslos gemacht hatte, und in zwei Stunden stellte ich fest, daß ich sozusagen den letzten Rappen verloren hatte,

während mein Geschäftsfreund offenbar kein Schäfflein ins trockene gerettet hatte. Mich sahste eine ungeheure Lustigkeit; ich war vergnügt wie noch nie in meinem Leben. Ich glaube, ich lachte eine Viertelstunde lang anhaltend. — Ich hatte die prachtvolle Entdeckung gemacht, daß ich gar keine Ursache hatte, zu glauben, meine Schurkenhaftigkeit sei von besonderem Belang. Sie war etwas sehr Alltägliches. Ich hatte sie mit den meisten Mitmenschen gemein. Es gab wohl wenige, die besser waren. Wir waren alle nicht schlimmer, als uns die Umstände erlaubten. Es ging uns wie den Bäumen. Die brachten die Früchte heroor, die ihnen die Umstände, Sonne, Luft und Boden gestatteten. An den Umständen lag's! Wie sollte in diesem vergaunerten Europa etwas Besseres gedeihen können, denn Schurken? — Ich benützte den Strich, mit dem ich mich hatte aufgehängt wollen, um den Koffer zu verschleiern, mit dem ich heimlicherweise nach Amerika fuhr.

In New York mußte ich ganz von vorn anfangen. Fast wie damals in Bern, als Kohlenhändler und Steinträger. Nur war das Tempo viel rascher, dank meiner Erfahrung. Zwar war ich im Anfang ganz benommen von dieser ungeheuren Stadt. Aber langsam kam ein Sinn in diese gewaltigen Häusergebirge, eine tiefe Bestimmung in das rasende Verkehrsgeleise der Straßen und Brücken, sprach aus dem ewig gleichen, ewig fremden Menschenstrom der Verkehrszentren eine tiefe Unterordnung alles Menschlichen. Und als ich einen Einblick gewann in eines der großen Handelshäuser, als Sackträger, Magaziner, Schreiber, Aufseher, Prokurist, Teilhaber, da wurden mir die Augen aufgetan für die wunderbare Ausbeutungsmaschine genannt „Vereinigte Staaten von Amerika“. Ich begriff plötzlich, daß der Staat etwas anderes ist, als eine Einrichtung, um darüber zu schwätzen und zu philosophieren, noch weniger eine Kultureinrichtung, sondern einfach die Einrichtung, die die Arbeit ermöglicht. Und aus dem Geist dieses Landes strömte mir die Erkenntnis zu: die Arbeit ist das Höchste und Beste! Und ich verlor mich an die Arbeit. Wie ein Bessener!

Ueber Name und Tag leuchteten allmählich tausend Kerzen den Namen C. Billwanger and Company von einem der größten Volkenträger über die Stadt hin, bald handelte man an den Börsen um Billwanger-Aktien als um eines der hoffnungsvollsten Papiere, bald war Billwanger der Name, an den Tausende ihre Hoffnungen, ihre Kapitalien, ihre Arbeitskräfte, ihre ganze Existenz knüpften. Mit dem Vertrauen aber wuchs die Verantwortung, wuchs — die Macht! (Fortsetzung folgt.)

Gas = 10 Goldpfennige.

Der Magistrat bestimmt wertbeständige Preise.

Der Magistrat gibt bekannt: Der weitere Sturz der Mark und die dadurch bedingten dauernden Kohlenpreis-, Fracht-, Lohn- und Gehaltssteigerungen machen es unmöglich, für 14 Tage im voraus einen einseitigen Gaspreises festzusetzen. Infolgedessen haben wir auf Grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 13. September beschlossen, die Gaspreisberechnung nunmehr unter Abänderung der Lieferungsbedingungen vom März 1922 wie folgt vorzunehmen:

Mit Wirkung von der Standaufnahme in der ersten Septemberhälfte 1923 wird der Preis für 1 Kubikmeter Gas auf Grund eines Festpreises von 10 Pf. berechnet, und zwar in der Weise, daß am Ende jeder Woche für die im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Gasmeterabstellungen nach dem jeweiligen Kohlenpreise eine Mehrzahl errechnet wird, mit der der Festpreis von 10 Pf. zu multiplizieren ist.

Für die Woche vom 16. bis einschließlich 22. September wird diese Mehrzahl auf 34 Millionen festgesetzt. Alle Verbraucher, bei denen in der Woche vom 16. bis 22. September der Gasmeterstand aufgenommen wird, haben also von der Standaufnahme in der ersten Septemberhälfte bis zum Stand in der Woche vom 16. bis 22. September einen Gaspreis von 34 Millionen x 10 Pf. = 34 Millionen Mark für das Kubikmeter zu zahlen.

Es verbleibt bis auf weiteres bei der 14tägigen Standaufnahme. Bezahlungen auf den Gasverbrauch vor der Standaufnahme können nicht entgegengenommen werden.

Mit Rücksicht auf die große Zahl der Gasverbraucher und der zweimal im Monat stattfindenden Standaufnahme kann keine Gewähr dafür übernommen werden, daß der Gasmeterstand an einem bestimmten Tage innerhalb der 14tägigen Frist aufgenommen wird.

Bei Zahlungsverzug kann — wie wiederholt bekannt gegeben wird — nicht darauf verzichtet werden, daß die fällige Rechnung unter Zugrundelegung einer etwaigen höheren, inzwischen in Kraft getretenen Mehrzahl umgerechnet wird.

Für Wasser wird mit Wirkung von der Standaufnahme im August der Preis für 1 Kubikmeter auf Grund eines Festpreises von 6 Pf. berechnet, und zwar in der Weise, daß am Ende jeder Woche für die im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Wasserabstellungen eine Mehrzahl nach dem jeweiligen Kohlenpreis errechnet wird, mit der der Festpreis von 6 Pf. zu multiplizieren ist. Für die Woche vom 16. bis einschließlich 22. September wird diese Mehrzahl auf 34 Millionen festgesetzt. Alle Verbraucher, bei denen in der Woche vom 16. bis 22. September der Wasser meterstand aufgenommen wird, haben also von der Standaufnahme im August bis zum Stand in der Woche vom 16. bis 22. September einen Wasserpreis von 34 000 000 mal 6 Pf. gleich rund 2 000 000 Mark für das Kubikmeter zu zahlen.

Der Magistrat distinkt damit den wertbeständigen Gaspreis. Es mag zugegeben werden, daß er in einer sehr prekären Lage ist, und daß die Erfindung der Werke, die der Kohlenpreisentwicklung zu erliegen drohte, noch immer auf dem Spiele steht. Aber der Magistrat kommt mit dieser — für die Masse der Verbraucher katastrophalen Regelung — in einem Augenblick, wo die Erbitterung über die Rückständigkeit aller Papiermarkenlohnungen einen denkbar höchsten Grad erreicht hat. Wie denkt sich denn der Magistrat die praktische Ausführung? Glaubt er, daß Rohnungen (im Passus wegen des Zahlungsverzuges) dem leeren Geldbeutel irgend etwas anhaben? Nun, wenn der Magistrat so überzeugt von der Notwendigkeit seiner Regelung ist, so muß er vor allem auch dafür sorgen, daß die Vorbereitungen dafür schnellstens geschaffen werden, nämlich eine wertbeständige Währung und eine wertbeständige Entlohnung. Bis dahin muß gefordert werden, daß bei der Einziehung der Beiträge die größte Rücksicht obwaltet.

Der Zentralflughafen auf dem Tempelhofer Feld.

Eröffnung am 8. Oktober.

Der 8. Oktober dieses Jahres wird für die Geschichte des Luftverkehrs der Reichshauptstadt sowie der Republik von besonderer Bedeutung sein. An diesem Tage soll, wenn keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, der Zentralflughafen auf dem Tempelhofer Feld dem Luftverkehr übergeben werden, und zwar im Rahmen der diesjährigen Jahreshauptversammlung der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt, die vom 5. bis 8. Oktober in Berlin stattfindet. Der Bedeutung des Berliner Flughafens entsprechend, werden die namhaftesten Vertreter der deutschen Luftfahrt neben Vertretern des Reiches, der Länder und der Stadt daran teilnehmen. Die Arbeiten auf dem Tempelhofer Feld sind zum größten Teil beendet. Das Verwaltungsgelände mit seinen Räumlichkeiten für Flugzeuge, Flugleitung, Luftpolizei, Zoll, Post und Sanitätsmannschaften sowie zwei große Flugzeughallen, die insgesamt zwölf modernen Verkehrsflugmaschinen Raum bieten, sind fertiggestellt, desgl. Lagerräume für Brennstoffe, Materialien und eine Werkstätte für kleinere Reparaturen. Nur an der Einbebung des Platzes, die besonders sorgfältig vorgenommen wird, sind noch 250 Erwerbslose tätig. Es hatte sich als notwendig herausgestellt, den schweren Sandboden des Tempelhofer Feldes, der sich für ein gutes Stadion und Landen als wenig geeignet erwiesen hat, mit einer dichten Grasnarbe zu versehen. Entsprechend den behördlichen Vorschriften beträgt der Umfang des Platzes einen Quadratmeter, darüber hinaus sind noch rundherum 300 Meter Freifläche. Die ganze Anlage ist vorläufig nur als Notbehelf gedacht, bis das Städtebauamt seine Entscheidung über die endgültige Gestaltung des Tempelhofer Feldes getroffen haben wird. Erst dann sollen massive Bauarbeiten, Zufahrtstraßen usw. erteilt werden.

Straßenbahn 2 Millionen.

In der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Straßenbahn wurde der Tarif neu geregelt. Von heute ab kostet der einfache Fahrchein zwei Millionen Mark, der Umsteigefahrchein 2,2 Millionen, der Kinderfahrchein 1 Million und der Umsteigefahrchein auf die Hochbahn 3 Millionen Mark. — Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft hat den Preis für die Teilstrecke auf 2 Millionen, den Fahrpreis für die ganze Strecke auf 2 1/2 Millionen Mark festgesetzt.

Der bemogelte Taucher.

Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp, zu tauchen in diesen Schlund? Wer mir die goldene Uhr kann zeigen, zehn Millionen sind sein eigen! Der Rittersmann, nämlich der Bademeister J., hatte aber keine Taucha oder war zu bequem, um nach der Uhr zu tauchen, die der Hausbesitzer Wilhelm G. unachtsam in das Schwimmbecken einer Flussbadeanstalt beim Plänterwald fallen ließ. Er beorderte ein paar Badeknappen und versprach sechs Millionen dem, der die Uhr dem schwarzen Mund entzieht. Sanft und fest melbete sich der jugendliche Hans Arendsen aus Treptow, und bald schwang er in seiner Linken die goldene Uhr mit freudigem Winken. Der Bademeister aber will nur die zehn Millionen nicht herausgeben. Das ist doch höchst unritterlich, sich vor einem Knappen beschämen zu lassen. So denkt auch die Kriminalpolizei, bei der jetzt die Sache hängt.

Hinterlassenschaften verstorbener Krieger.

Das Zentralnachweissamt für Kriegerverluste und Kriegergräber in Spandau, das auch die Aufgabe hat, die Hinterlassenschaften verstorbener ehemals feindlicher Soldaten in das Aus-

land zu schicken und den Nachlass verstorbener deutscher Soldaten den Angehörigen auszuhändigen, ist jetzt auf Drängen des Sparkommissars dazu übergegangen, nur noch Nachlassachen von höherem Werte auszuhändigen. Das ist eine Maßnahme, die bei den Angehörigen der verstorbener deutschen Soldaten überall Bestehen hervorruft, um so mehr, als auch das geringste Eigentum der Entlassenen nach Frankreich, England usw. ausgeliefert werden muß. Die Eltern der verstorbener deutschen Soldaten haben wohl den gleichen Anspruch, auch den geringwertigsten Gegenstand ihrer Lieben zu erhalten. Wenn im Kriege für viele unnütze Dinge Milliarden ausgegeben werden konnten, so muß auch jetzt die verhältnismäßig geringe Summe aufgebracht werden können, um den Angehörigen der toten deutschen Soldaten die Hinterlassenschaften zu übersenden, auf die sie einen Anspruch haben.

Bezirkstag in Berlin.

Die Fortsetzung des am 9. September verlagten Bezirkstages findet am

Sonntag, den 23. September, von 9—2 Uhr

in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, statt.

Die am 9. September ausgegebenen Delegiertenkarten gelten nur, wenn sie auf der Rückseite den Namen des Delegierten und den Stempel seiner Abteilung tragen. Außer der Delegiertenkarte ist das Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte müssen übereinstimmen.

Die zur Teilnahme berechtigten Abgeordneten haben gleichfalls ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen, ebenso ihre Delegiertenkarte. Wenn die Delegiertenkarte nicht abgestempelt ist, genügt dafür ihre Legitimation als Abgeordneter.

Neue Gastkarten werden nicht ausgegeben. Als Gäste können nur diejenigen Genossen teilnehmen, die im Besitz einer Gastkarte sind. Auch diese Genossen legitimieren sich außerdem durch ihr Mitgliedsbuch.

Der Bezirksvorstand.

Dreihundert Mark Ordnungsstrafe.

Zum Banderolenverstoß im Reichsfinanzamt.

Großes Aufsehen erregten vor zwei Jahren umfangreiche Unterschlagungen von Zigaretten-Steuerbanderolen im Reichsfinanzamt, die von dort Beschäftigten verübt worden waren. Die Banderolen waren durch verschiedene Hände gegangen, und einen Teil davon hatten die Zigarettenfabrikanten Schien und Schleißer erworben. Während die Täter zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, waren die Zigarettenfabrikanten wegen Steuerhinterziehung mit dem vierfachen Steuerbeitrag belegt worden. Auf die für Schien von Rechtsanwalt Walter Richter beim Reichsgericht begründete Revision wurde das Urteil gegen Schien aufgehoben, da nur eine Verletzung der Ordnungsvorschriften, nicht Steuerhinterziehung angenommen wurde. In der Berufungsverhandlung bestritt Schien wiederum, eine Steuerhinterziehung beabsichtigt zu haben. Er behauptete, daß es ihm nur darauf angekommen sei, Banderolen zu erhalten, da er sein Kontingent überschritten hatte. Die Steuerbehörde dagegen stand auf dem Standpunkt, daß für die über das Kontingent bezogenen Banderolen ein erheblicher Zuschlag hätte gezahlt werden müssen. Die 9. Strafkammer verurteilte Schien im Gegensatz zu dem Vorbericht nur zu einer Ordnungsstrafe von 300 Mark, in Worten: dreihundert Mark. — Ja, Ordnung muß sein. Hoffentlich hat der Verurteilte auch noch drei Hundertmark Scheine. Billeicht kann er andererseits mit „Sachwerten“, z. B. einem halben Streichholz oder ähnlichem diese „Ordnungsstrafe“ bezahlen.

Der Kantorlehrling als Lebemann.

Ein 160-Milliarden-Defraudant wurde von der hiesigen Kriminalpolizei unschuldig gemacht. Vor ungefähr 14 Tagen erhielt der 22 Jahre alte Kantorlehrling Fritz Seegardel von der Spirit- und Brauhaus-N.G. in Remm, 160 Milliarden wegzubringen. Der junge Mann steckte das Geld in seine Tasche und fuhr damit zunächst nach Kama, wo er sich in einem der besten Hotels aufhielt. Dann fuhr er nach Berlin. Hier stieg er in einem Hotel in der Friedrichstraße ab, besuchte zahlreiche Vergnügungsorte und war bald als Lebemann bekannt. Nicht nur mit deutschem Gelde, sondern auch mit Devisen war er äußerst freigebig. Auf seinen Rundfahrten durch die Reichshauptstadt kam er auch nach dem Augustkeller, wo er sich auf Dollar- und Marklied. Beamte, die auf ihn abhoben, kamen ihm auf die Spur und nahmen ihn fest. Ueber die Hälfte des unterschlagenen Geldes hatte er bereits durchgebracht. In seinem Besitz befanden sich noch 143 Dollar, 33 englische Pfund und mehrere norwegische und dänische Kronen sowie 400 Lat. In seinem Hotel wurden noch sehr teure Anzüge und andere kleine Stücke, die er sich von dem Gelde gekauft hatte, beschlagnahmt.

Krankenkassen und Apotheken!

Die außerordentliche Geldentwertung der letzten Wochen hat, wie schon früher an dieser Stelle erwähnt worden ist, zu einer Krise in der Arzneiverordnung der Kassenmitglieder geführt. Die Apotheken sowohl in Berlin wie im Reich sind nicht mehr in der Lage, Arzneien auf Kredit zu verschreiben. Sie selbst müssen ihre Lieferanten täglich nach dem Stande des Dollars bezahlen und erleiden bei Zahlungsausschub durch das dauernde Fallen der Mark große Verluste. Da die Krankenkassen ebenfalls durch die Entwertung des Geldes in eine missliche Lage versetzt sind, können sie ihrerseits die Apothekerrechnungen nur verspätet bezahlen. Die eingehenden Beiträge reichen bei weitem nicht aus zur Ergänzung der Warenvorräte und zur Deckung der Unkosten in den Apotheken. Aus diesen Gründen haben die Berliner Apotheker nach wiederholten Beratungen und eingehenden Verhandlungen mit den Krankenkassen beschlossen, von Mittwoch, den 19. September, ab auch Krankenkassen-Berordnungen nur gegen Barzahlung anzufertigen, falls durch die Hilfe der Regierungsbehörden nicht eine der heutigen Zeit entsprechende Zahlungsweise geschaffen wird. Da es für viele Versicherte unmöglich sein wird, die Preise für Medikamente, die oft in die Millionen gehen, bezahlen zu können, kommt das einem Zusammenbruch des Gesundheitswesens gleich. Die Kassenpatienten, die unter großen Opfern doch noch die Mittel für Arzneien aufbringen, wissen nicht,

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 17. 9.		Naturbutter	
(in tausend Mark)		40000—45000	
Rindfleisch m. Kn.	20000—24000	Schmalz	22000—25000
ohne Kn.	24000—28000	Margarine	16000—20000
Hammelfleisch	18000—21000	1 Ei	1600
Kalb fleisch	20000—24000	Weiskohl	600—700
Lebende Aale	18000—20000	Wirsingkohl	500—1000
Hechte	18000—19000	Rotkohl	600—1800
Schleie	14000—15000	Wochenlöhne in Berlin	
Karpfen	15000—16000	(in tausend Mark)	
Hechte in Eis	8000—10000	Maler vom 17. bis 22. 9. 253 000	
Hleie do.	6000—8000	Kartonnagenindustrie v.	
Schellfisch	3000	14. bis 20. 9. 248 400	
Kabeljau	3000	Privatelekttrizitätswerke	
Grüne Heringe	2000—2400	vom 10. bis 16. 9. 240 396	

wann sie das ausgelagerte Geld zurückerhalten. Auch das ist auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, dem schließlich ein Ende gemacht werden muß.

Kohlenhilfe.

Um den Kernen für den bevorstehenden Winter die Beschaffung von Brennstoff zu ermöglichen, ist aus Kreisen der Berliner Stadtverwaltung eine Spendenaktion angeregt worden. Folgender Aufruf, unterzeichnet vom Oberbürgermeister Böß, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari und Stadtrat Hingel, wendet sich an alle, die geben können:

Mitbürger! Die Not in Berlin ist groß. Reich, Staat und Gemeinde wenden bedeutende Summen für die Notleidenden auf, doch reichen die öffentlichen Mittel nicht aus. Der Winter naht. Er wird das Elend unermesslich steigern. Mögen viele, ja die meisten unter der Not der Zeit bitter leiden; niemand wird überleben dürfen, doch neben ihm viele Tausende leben, die noch härter die Not drückt. Hier zu helfen, ist Pflicht eines jeden. Die „Berliner Kohlenhilfe“ soll den Bedürftigsten unter unseren Mitbürgern Brennstoffe zuführen. Sie kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn ihr große Zermittel zufließen. Wir vertrauen auf den Wohlwollenssinn der Berliner Bevölkerung, wenn wir bitten: Gebt schnell und reichlich Geld für die „Berliner Kohlenhilfe“.

Dieser Aufruf hat sofort großen Beifall gefunden. Aus allen Schichten der Bevölkerung sind der „Kohlenhilfe“ bereits namhafte Beträge zur Verfügung gestellt worden. Der Reichspräsident hat persönlich 3 Milliarden Mark gestiftet und dem Unternehmen seine wohlwollende Unterstützung zugesagt. Vom Röhling-Konzern sind 1000 Zentner Koks im Werte von 50 Millionen Mark zur Abholung bereitgestellt worden.

Geldspenden werden mit der Bezeichnung „Berliner Kohlenhilfe“ überall, wo der Aufruf ausliegt, entgegengenommen. Sie können mit derselben Bezeichnung auf das Postfachkonto Nr. 34 der Sparkasse A der Stadt Berlin eingezahlt werden.

Defekturen infolge Hauschwammes.

Gestern vormittag brach der Fußboden eines Zimmers in der Wohnung der Frau Bobl auf dem Grundstück Wandlitzstr. 8 in Neudamm im ersten Stockwerk des Seitenflügels mit großem Getöse zusammen, und Fußbodenbelag sowie Schuttmassen stürzten in die darunter gelegene Kellerwohnung. Zum Glück waren weder in der Wohnung noch in der Kellerwohnung Leute zu Hause, so daß niemand verletzt worden ist. Wie sich herausstellte, waren Fußboden und Decke vom Hauschwamm völlig zerfressen worden.

Vermißt wird seit dem 15. September der 15jährige Kaufmannslehrling Erwin Bloch aus der Prinz-Albert-Str. 6 zu Lichtenberg. Der Vermißte ist aus seiner Lehrstelle in der Neufeldener Str. 42 am 15. September gegen mittag wegen eines angeblich kleinen Hehlbetrages gemeldet worden und seitdem nicht wieder zu seinen Eltern zurückgekehrt. Er ist mittelgroß, schlank, hat schmales, blaßes Gesicht und trug schwarzes Jackett und Weste, gelbsteifelte Hosen, ohne Kopfbedeckung. Mitteilungen werden an die Eltern erbeten.

Die Preise Kaufmannslehrling Charlottenburgs haben alle Eltern und Erziehungsberechtigten zu einer Versammlung am morgen, Mittwoch, den 19. 9., abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Schiller-Kollegiums, Schillerstr. 26, eingeladen. Der Hochschulgasse Julius-Bopp (richtig über: Die Einigkeit der Eltern in der Erziehung ihres Kindes). Die Versammlung wird umrahmt durch die Mitwirkung des Frauenschor „Frohinn“ Nr. 8. S. 8.

Taufschwaben in Japan. Aus Kobe wird durch Funkpruch gemeldet, daß während eines Taifuns, der die Stadt Littori in Japan betroffen hat, mehr als 8000 Personen ertrunken und Tausende von Einwohnern obdachlos geworden sind. Der Schaden werde auf etwa 10 Millionen Dollar geschätzt. Mehrere Flüsse sind über die Ufer getreten und mehrere Dörfer sind durch die Ueberschwemmung zerstört worden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Die neuen Beiträge.

Der Bezirksvorstand hat in seiner Sitzung vom 17. September folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Vom 15. September 1923 an sind für das Duplikat einer Mitgliedskarte 40 000 M. und für ein Mitgliedsbuch 120 000 M. von den Mitgliedern zu entrichten.
2. Vom 3. Quartal 23/24 an beträgt der Preis der Monatskarte für Erwerbslose 10 000 M. Dieser Betrag wird schon bei der Abrechnung für das 3. Quartal erhoben.
3. Für den Monat September hat jedes männliche Mitglied außer den bereits geflossenen 750 000 M. noch eine Extramarke von 500 000 M. und jedes weibliche Mitglied außer den bereits geflossenen 500 000 M. noch eine Extramarke für 200 000 M. zu liefern. Wo bereits in den Unterbezirken für September kassiert worden ist, können die Beträge für diese Marken bei der nächsten Kasserung mit erhoben werden.
4. Vom 1. Oktober, also von der 40. Woche an, werden Marken herausgegeben, auf denen nur die Wochenzahl aufgedruckt ist. Der Preis der einzelnen Marke wird von Zeit zu Zeit bei notwendigen Veränderungen bekanntgegeben. Der Beitrag für die 40. Woche wird erst später beschließen.
5. Bis Ende September sind außer den im „Vorwärts“ vom 4. September 1923 aufgeführten auch die Beitragsmarken für Männer zu 2500 M. und die für Frauen zu 1000 M. einzuziehen und mit der Abrechnung vom 2. Quartal 23/24 abzuliefern.

J. U. I. r. P. g. s.

9. Kreis Wilmersdorf. Mittwoch, den 19. September, öffentliche Versammlung bei Rehr, Wilmersdorfer Stadtpost, Kaiser-Allee 31/32, abends 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: Mietrecht und besonderer Aufbau des Mietverhältnisses. Referent: Gen. Anwaltschaftsamt Kuben. Möglichst zahlreiches Erscheinen erforderlich.
 10. 11. 12. Kreis: Die Beamten- und Angestelltenversammlung ist vom 21. an den 23. 9. verlegt. Höhere Sachrichte! (S. 10.)
 13. Kreis: Anwesenheitsbestätigung mit den Delegierten zum Bezirkstag und den Kassieren am Dienstag, den 18. September, in der neuen Schule in Niebelschloßstraße, 7 1/2 Uhr abends.
 14. Kreis: Kreisversammlung. Mittwoch 7 1/2 Uhr Kreismitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Bezirkstag. Vorschläge. Neuwahl des Bezirksvorstandes. Bezirksführer loben ein.
 15. Kreis: Kreisversammlung. Donnerstag Kreismitgliederversammlung am Mittwoch, den 19. September, 7 Uhr, bei Rehr, Gubener Str. 19. — Mittwoch, den 19. September, 247. Gemeindefest, Rigor Str. 32. 7 1/2 Uhr Große Kreisversammlung. Thema: „Der Kampf um die Währungsreform.“ Referent: Ehrer Hans Griesler. Um rasen Besuch wird gebeten.
 16. Kreis: Kreisversammlung. Morgen, Mittwoch, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Schiller-Kollegiums, Schillerstr. 26. Tagesordnung: Die freien Schulgemeinden. Vortrag: Die Schulreform in der Erziehung ihres Kindes. Referent: Hochschulgasse Hermann Bopp. Anmerkung: Mitteilung des Frauenschor „Frohinn“.
 17. Kreis: Kreisversammlung. Mittwoch, den 19. September, 7 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Reinickendorfer-Str. 26. Tagesordnung: Sitzung des erweiterten Präsidiums. 1. Ordnung muß vertretet sein.
 18. Kreis: Kreisversammlung. Mittwoch, den 19. September, 7 1/2 Uhr, an bekannter Stelle.
- Heute, Dienstag, den 18. September:
19. 10. 11. Uhr Zusammenkunft aller Genossen, die in der Kommune tätig sein wollen und schon tätig sind, bei Müller, Wehrstr. 15.
- Morgen, Mittwoch, den 19. September:
20. 10. 11. Uhr Zusammenkunft aller Genossen, die in der Kommune tätig sein wollen und schon tätig sind, bei Müller, Wehrstr. 15.

